



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Per E-Mail (in Word & PDF) an:
medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Ihr Zeichen:

15. Dezember 2021

Unser Zeichen: 2021.SIDGS.700

RRB Nr.: 1484 / 2021

Direktion: Sicherheitsdirektion

Klassifizierung: nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsyIV 1]) sowie weiteren Änderungen in der VWWAL und AsyIV 1. Der Regierungsrat hat keine Bemerkungen zur Vorlage.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Beatrice Simon
Regierungspräsidentin

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Sicherheitsdirektion

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössische Zollverwaltung
Staatssekretariat für Migration

per E-Mail
medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Luzern, 14. Dezember 2021

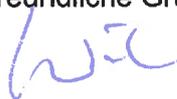
Protokoll-Nr.: 1525

Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG) sowie Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL) und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsyIV 1)

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgelegten Verordnungsrevisionen einverstanden sind. Wir begrüssen insbesondere die Erhöhung der Entschädigung für polizeiliche Begleitpersonen auf neu 600 Franken pro Tag.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat

EZV

**KANTON
URI**

VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher des Eidgenössischen
Finanzdepartements EFD
3003 Bern

GS / EFD		
+	22. Dez. 2021	+
Reg.-Nr.		

Eidg. Zollverwaltung Bern
27. DEZ. 2021
Aktenzeichen:

Elektronische Zustelladressen:

SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch, medea.meier@evz.admin.ch, patrice.obrien@evz.admin.ch

Altdorf, 21. Dezember 2021 / uc

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

(Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1]) sowie weitere Änderungen in der VWWAL und AsylV 1; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 unterbreiten Sie uns die Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1]) sowie weitere Änderungen in der VWWAL und AsylV 1) zur Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Volkswirtschaftsdirektion

Klausenstrasse 4, 6460 Altdorf
Internet: www.ur.ch/vd

Telefon: +41 41 875 2100
Sachbearbeitung: Urban Camenzind
E-Mail: Urban.Camenzind@ur.ch

Die EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache wurde der Schweiz am 15. November 2019 als Schengen-Weiterentwicklung notifiziert. Ziel der neuen EU-Verordnung ist insbesondere, die Kontrollen an den EU-Aussengrenzen und die Rückführung von rechtswidrigen Aufenthaltstiteln – unter Wahrung ihrer Grundrechte – zu verbessern. Die Agentur für Europäische Grenz- und Küstenwache soll zu diesem Zweck mit genügend Personal und Material ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich effektiver wahrnehmen kann. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung am 26. August 2020, das Parlament die Vorlage am 1. Oktober 2021 verabschiedet. Die Anpassungen auf Verordnungsstufe werden dem Bundesrat als Gesamtpaket zur Verabschiedung unterbreitet, sie sollen voraussichtlich im Juni 2022 in Kraft treten.

Im Bereich Grenzsicherheit und Personenkontrolle arbeitet die Schweiz im Rahmen des Schengen-Assoziierungsabkommens unter anderem eng mit den Nachbarstaaten wie auch mit der Agentur für Europäische Grenz- und Küstenwache zusammen. Während ein Grossteil der Bestimmungen der EU-Verordnung direkt anwendbar ist, erfordert ein weiterer Teil neue Bestimmungen in der VZAG. Konkret geht es um die Einsatzregeln für die Angehörigen des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), welche an langfristigen Einsätzen (bis zu zwei Jahren) für die Agentur teilnehmen, den Datenaustausch zwischen dem BAZG und der Agentur sowie die Kontaktstelle für die Beantragung der finanziellen Unterstützung der Behörden. Der Personenkreis, auf den die VZAG Anwendung findet, ist präzisierungsbedürftig, und viele heute in der VZAG abgebildete Artikel sind deklaratorisch, weshalb diese gestrichen oder ebenfalls präzisiert werden sollen. Weiter werden in der Verordnung die Einsätze der Dokumentenberaterinnen und –berater geregelt, welche aber nicht direkt mit der Schengener Zusammenarbeit zu tun haben. Der Titel der Verordnung entspricht somit nicht dem Regelungsgegenstand. Aus diesen Gründen soll die VZAG total revidiert und neu mit «Verordnung über die internationale Zusammenarbeit zur Grenzsicherheit (ViZG)» bezeichnet werden.

Die Anpassung der VVWAL betrifft insbesondere den Einsatz von Schweizer Personal im Ausland bzw. ausländischem Personal in der Schweiz. Weiter wurden Höhe und Modalitäten der Abgeltung der Kantone für Einsätze von Personal der Kantone neu verhandelt. Wie in der Botschaft des Bundesrats bereits ausgeführt, soll die Pauschale des Bundes für die Abgeltung der Kantone gegenüber der heutigen Pauschale erhöht werden. Die Regelung, wonach den Kantonen gewisse Kosten (durch die Agentur) vergütet werden, entspricht der bisherigen Praxis und hat keine finanziellen Auswirkungen. Auch die neuen Bestimmungen zur Aus- und Weiterbildung der polizeilichen Begleitpersonen und der Rückkehrbeobachterinnen und –beobachter durch die Agentur führen ebenfalls zu keinem weiteren finanziellen und personellen Mehraufwand.

Die Änderungen der AsylV1 konkretisieren die gesetzlich vorgesehene Information und Unterstützung der Asylsuchenden durch die Leistungserbringer bzw. Rechtsberatungsstellen bei möglichen Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Einsätzen der Agentur. Die Anpassungen führen weder zu personellen noch finanziellen Auswirkungen.

Wir unterstützen die Anpassung der Verordnungen und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie für die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Urban Camenzind', written in a cursive style.

Urban Camenzind, Landammann

Elektronische Zustellung (PDF- und WORD-Version) an:

SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch, medea.meier@evz.admin.ch, patrice.obrien@evz.admin.ch



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

madea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@ezv.admin.ch

Schwyz, 7. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/11896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache sowie weitere Änderungen in der VVWAL und AsylV 1

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 22. Dezember 2021 Stellung zu nehmen. Für diese Einladung danken wir Ihnen bestens, indes verzichtet der Kanton Schwyz auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Finanzdepartement (FD)
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 21. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache sowie weitere Änderungen in der VVWAL und AsylV 1. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 eröffnete das Eidg. Finanzdepartement (FD) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], zur Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VVWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1]) sowie weiteren Änderungen in der VVWAL und AsylV 1.

1 Ausgangslage

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden hat sich bereits mit Stellungnahme vom 24. März 2020 positiv zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates geäussert.

Die Umsetzung dieser EU-Verordnung erforderte Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe. Die entsprechende Botschaft zu den genannten Gesetzesänderungen zur Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung sowie einer Änderung des Asylgesetzes wurde vom Bundesrat am 26. August 2020 verabschiedet. Das Parlament hat der Vorlage am 1. Oktober 2021 zugestimmt.

Auf Verordnungsstufe erfordert die Umsetzung der EU-Verordnung eine Anpassung der Verordnung vom 26. August 2009 über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raumes (VZAG), der Verordnung vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VVWAL) sowie der Asylverordnung 1 vom 11. August

1999 über Verfahrensfragen (AsylV 1). Weiter bedingt die Empfehlung der Europäischen Kommission im Rahmen der letzten Schengen-Evaluierung ebenfalls eine Anpassung der VVWAL sowie der AsylV 1.

2 Beurteilung

Es wird begrüsst, dass die Verordnung vom 26. August 2009 über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raumes (VZAG) angepasst wird. Diese regelt die Aufgaben und Einsätze der Mitarbeitenden der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV), die Zusammenarbeit der EZV als nationale Kontaktstelle gegenüber der Agentur, die Vertretung der Schweiz im Verwaltungsrat sowie die Aufgaben in den Bereichen «Einsätze von Personal der EZV im Ausland», «Einsätze ausländischen Personals in der Schweiz» sowie «Einsatz von Dokumentenberaterinnen und -beratern».

Die Anpassungen der Verordnung vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VVWAL) betreffen insbesondere die Höhe der Abgeltung der Kantone sowie die Abgeltungsmodalitäten für Einsätze von kantonalem Personal im Rückkehrbereich. Die Änderungen in der Asylverordnung 1 vom 11. August 1999 über Verfahrensfragen (AsylV 1) konkretisieren im Wesentlichen die gesetzlich vorgesehene Information und Unterstützung von Asylsuchenden durch die Leistungserbringer bzw. Rechtsberatungsstellen bei möglichen Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Einsätzen der Agentur.

Der Kanton Nidwalden begrüsst insbesondere, dass die die Pauschale des Bundes für die Abgeltung der Kantone gegenüber der heutigen Pauschale erhöht wird. Die Höhe der Abgeltung dieser Pauschale war Gegenstand von Gesprächen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) haben sich auf eine pauschale Abgeltung von CHF 600.- pro Tag sowohl für polizeiliche Begleitpersonen wie auch für Equipenleiterinnen und -leiter geeinigt.

3 Antrag

Der Kanton Nidwalden stimmt dem vorliegenden Entwurf vollumfänglich zu.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und dankt für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Karin Kayser-Frutschi
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4182
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 17. Dezember 2021

**Vernehmlassung der Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache;
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, *geschätzter Ueli*
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG) sowie die Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL) und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1).

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen gerne mit, dass wir auf eine inhaltliche Stellungnahme verzichten.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Staatskanzlei (Kommunikation)

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Glarus, 21. Dezember 2021
Unsere Ref: 2021-225

Vernehmlassung i. S. Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision VZAG sowie Änderungen in der VVWAL und AsyIV 1)

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir zur Vorlage keine Bemerkungen bzw. Ergänzungen anzubringen haben.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Marianne Lienhard
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 45
alexandra.boller@zg.ch
Zug, 26. November 2021 BOAL
SD SDS 7.1 / 300

**Vernehmlassung zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 22. Dezember 2021 zur obgenannten Vorlage vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Sicherheitsdirektion mit der direkten Erledigung der Vernehmlassung beauftragt.

Gerne kommen wir Ihrer Einladung nach und teilen Ihnen mit, dass wir keine inhaltlichen Änderungsvorschläge anzubringen haben und auf eine Stellungnahme verzichten. Wir erlauben uns aber, auf die folgenden redaktionellen Fehler in den Verordnungen hinzuweisen:

Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (Asylverordnung 1; AsylV 1)

Im Titel von Art. 52a^{bis} Asylverordnung 1 findet sich ein Verweis auf Art. 102g Abs. 3 AsylG, obwohl Art. 102g AsylG lediglich über zwei Absätze verfügt.

Verordnung über die internationale Zusammenarbeit zur Grenzsicherheit (ViZG)

In Art. 6 ViZG fehlt an folgender Stelle ein Leerschlag: «Das BAZG entsendet geeignetes Personal als Dokumentenberaterinnen und -berater gemäss Art. 100a des Ausländer- und Integrationsgesetzes [...]»

In Art. 7 Abs. 1 ViZG ist «wegen» gross statt klein geschrieben: «[...] von Amtes ~~W~~wegen oder auf Anfrage [...]»

In Art. 9 Abs. 4 ViZG ist das Wort «ihre» überzählig: «[...] Gegen ~~ihre~~ Amtshandlungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter [...]»

In Art. 23 Abs. 1 ViZG fehlt an folgender Stelle ein Leerschlag: «[...] andere Selbstverteidigungs- und Zwangsmittel nach Artikel [...]»

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Versand per E-Mail an:

- EFD (medea.meier@ezv.admin.ch, patrice.obrien@ezv.admin.ch und SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch; je als PDF- und Word-Version)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Staatskanzlei (Abschluss der GEVER-Aufgabe)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Courriel : medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Fribourg, le 30 novembre 2021

Ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes,

(Révision totale de l'ordonnance sur la coopération opérationnelle avec les autres États Schengen en vue de la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen [OCOFÉ] et modifications de l'ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers [OERE] et de l'ordonnance 1 sur l'asile relative à la procédure [OA 1])

ainsi que d'autres modifications de l'OERE et de l'OA 1.

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 20 octobre dernier, vous nous avez consultés sur les différents projets d'ordonnances cités en titre, et nous vous en remercions.

Nous relevons que la consultation porte d'une part sur diverses ordonnances relevant du développement de l'acquis Schengen, dont la reprise par la Suisse est obligatoire pour demeurer dans le système Schengen, d'autre part sur d'autres adaptations indépendantes de ce développement et générées par une recommandation de la Commission européenne.

Nous constatons que ces différents projets n'auront pas d'impact concret important sur notre canton, notamment sur l'engagement de notre Police cantonale en matière de renvois ou d'éventuels engagements à l'étranger de type « Frontex ».

Dès lors, nous pouvons souscrire sans aucune réserve à l'adoption de l'ensemble de ces projets.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Sophie Perrier, Vice-chancelière

L'original de ce document est établi en version électronique

Departement des Innern

Ambassadorshof/Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Frau Landammann

Eidgenössische Zollverwaltung EZV
Politischer Stab
3003 Bern

02. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

(Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1])

sowie weitere Änderungen in der VWAL und AsylV 1; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 haben Sie uns eingeladen, zu den obgenannten Bestimmungen Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Auf Bemerkungen zur Totalrevision der VZAG bzw. zur Verordnung über die internationale Zusammenarbeit zur Grenzsicherheit (ViZG) verzichten wir, da wir davon nicht direkt betroffen sind.

Die vorgesehenen Anpassungen der VWAL begrüssen wir. Einerseits empfinden wir es als angemessen, dass die Pauschalen für polizeiliche Begleitpersonen auf neu 600 Franken pro Tag erhöht werden. Damit wird u.a. einer früheren Forderung des Kantons Solothurn nachgekommen. Andererseits sind die neuen Regelungen bezüglich der Wegweisungsentscheide schlüssig und bringen in der Praxis Klarheit.

Was die Änderungen der AsylV 1 betrifft, erübrigen sich weitere Ausführungen unsererseits. Wir geben jedoch zu bedenken, dass durch den vorgesehenen Zeitpunkt und die aktive Information über eine Beschwerdemöglichkeit gegen Grundrechtsverletzungen der Europäischen Agentur die Gefahr besteht, dass falsche Hoffnungen erweckt werden. Es muss den Gesuchstellenden klargemacht werden, dass es zwei unterschiedliche Verfahren sind und dass eine Beschwerde keinen Einfluss auf das Asylverfahren hat.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme in diesem Geschäft danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized initials 'SS' followed by a long horizontal flourish.

Susanne Schaffner
Frau Landammann

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Bern

zentrale-psva@ezv.admin.ch

Liestal, 14. Dezember 2021

Vernehmlassung

betreffend Änderung diverser bundesrechtlicher Verordnungen zur Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zur Übernahme der EU-Verordnung 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen zur Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Grenz- und Küstenwache haben wir keine Bemerkungen, zumal die Neuregelungen nach dem erläuternden Bericht keine finanziellen Auswirkungen auf die Kantone haben.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Finanzdepartement EFD

per E-Mail an:

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Basel, 7. Dezember 2021

Regierungsratsbeschluss vom 7. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsyIV 1]) sowie weitere Änderungen in der VWAL und AsyIV 1; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum im Be-
treff erwähnten Geschäft zukommen lassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Kanton Basel-Stadt die Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen Raums (VZAG) sowie die Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWAL) und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsyIV 1) begrüsst. Auch wir erachteten die Kontrolle der Aussengrenzen des Schengen-Raums und die Rückführung von rechtswidrigen Aufenthaltserinnen und Aufenthaltsern als richtig, erwarten vom Bund aber, dass er sich weiterhin für die ausnahmslose Einhaltung der Grundrechte bei allen Einsätzen von Frontex einsetzt.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

J.J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen

www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Herr Bundesrat Ueli Maurer
Vorsteher Eidg. Finanzdepartement
per E-Mail:
medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Schaffhausen, 6. Dezember 2021

**Vernehmlassung EFD betreffend Vernehmlassung Ausführungsverordnungen zur
Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union
betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz-
und Küstenwache; Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit
Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und können Ihnen mitteilen, dass
seitens des Kantons Schaffhausen keine Einwände zur unterbreiteten Ausführungsverordnung
bestehen.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- SB-Recht-Sekretariat@sem.ad-
min.ch

Appenzell, 23. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU zur Übernahme der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache und Änderungen in der VVWAL und der AsyIV 1 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU zur Übernahme der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache und Änderungen in der VVWAL und der AsyIV 1 zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Umsetzung des Notenaustauschs einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
per E-Mail: medea.meier@ezv.admin.ch,
patrice.obrien@ezv.admin.ch,
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch
PDF- und Wordversion

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. Dezember 2021

Eidg. Vernehmlassung; Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache sowie weitere Änderungen in der VVWAL und AsylV 1; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Finanzdepartement EFD eingeladen, über die Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG) sowie die Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VVWAL) und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1) bis 22. Dezember 2021 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat stimmt den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache sowie weiteren Änderungen in der VVWAL und AsylV 1 zu und verzichtet auf weitere Bemerkungen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

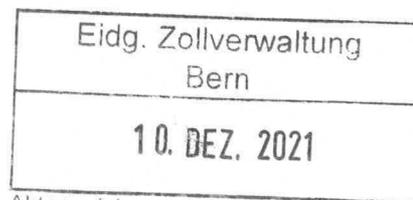
Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

Kanton St.Gallen
Sicherheits- und Justizdepartement

Regierungsrat Fredy Fässler



Aktenzeichen:

Sicherheits- und Justizdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Sicherheits- und Justizdepartement
Oberer Graben 32
9001 St.Gallen
T 071 229 36 00
F 071 229 39 61

St.Gallen, 6. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache sowie weitere Änderungen in der VVWAL und AsylV1; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung betreffend die Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenze des Schengen-Raums (VZAG) sowie die Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VVWAL) und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Freundliche Grüsse

Fredy Fässler
Regierungsrat

Zustellung per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Kanton St.Gallen



06.12.21

0.85

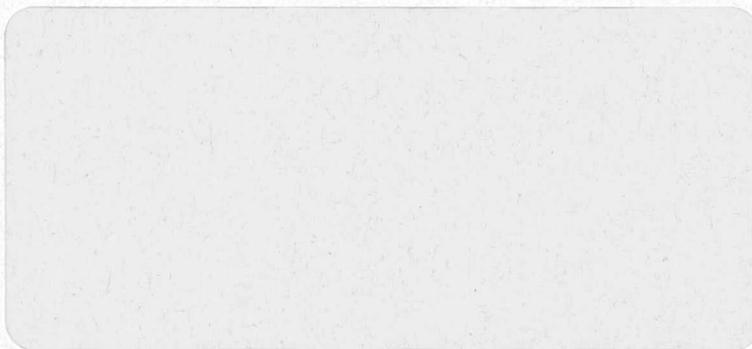
CH - 9001
St. Gallen



B
STANDARD



2000238



EZV







Sitzung vom

14. Dezember 2021

Mitgeteilt den

16. Dezember 2021

Protokoll Nr.

1072/2021

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an: medea.meier@ezv.admin.ch,
patrice.obrien@evz.admin.ch und SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsyIV 1]) sowie weitere Änderungen in der VWAL und AsyIV 1

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den

anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG; SR 631.062], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWAL; SR 142.281] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsyIV 1; SR 142.311]) sowie weitere Änderungen in der VWAL und AsyIV 1.

Gemäss Schreiben vom 20. Oktober 2021 wird im Hinblick auf allfällige Rückfragen die Angabe von Kontaktpersonen gewünscht. Es handelt sich um:

Frau Dr. iur. Regula Hunger (Departementssekretärin, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit; Tel. 081 257 25 13; Regula.Hunger@djsg.gr.ch).



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

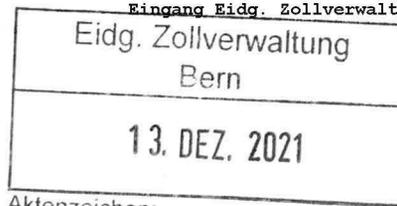
Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin



KANTON AARGAU



Aktenzeichen:

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
 Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
 regierungsrat@ag.ch
 www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössische Zollverwaltung
 Taubenstrasse 16
 3003 Bern

8. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 wurden die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung des obengenannten Geschäfts eingeladen. Wir bedanken uns dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr:

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst die unterbreiteten Teil- und Gesamtrevisionen der verschiedenen Verordnungen, weil dadurch die Unterstützung der Schengen-Staaten bei der Kontrolle der Aussengrenzen sowie bei der Rückführung von sich illegal aufhaltenden Drittstaatsangehörigen gestärkt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
 Landammann

Joana Filippi
 Staatsschreiberin

Selbes Schreiben geht an

- Staatssekretariat für Migration, Quellenweg 6, 3003 Bern

Kopie

- medea.meier@ezv.admin.ch
- patrice.obrien@ezv.admin.ch
- sb-recht-sekretariat@sem.admin.ch



KANTON AARGAU

A

REGIERUNGSRAT

Postfach, 5001 Aarau

5001 Aarau SPS




98.01.040089.00000648

A-Post Plus/Courrier A Plus/Posta A Plus






A-Post Plus
 Eidgenössische Zollverwaltung
 Taubenstrasse 16
 3003 Bern



30001430
 2090064
 Frankieren Post

CH - 4621

A+

2.40

09.12.21



Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement (EFD)
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
Bundesgasse 3
3003 Bern

GS / EFD
17. Dez. 2021
Reg.-Nr.

Thurgau



Eidg. Zollverwaltung Bern
27. DEZ. 2021

Aktenzeichen:

Frauenfeld, 14. Dezember 2021
761

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Entwürfen für eine Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums (VZAG; SR 631.062), für eine Änderung der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL; SR 142.281) und für eine Anpassung der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AsylV 1; SR 142.311). Wir teilen Ihnen mit, dass wir mit den Vorlagen grundsätzlich einverstanden sind. Bezüglich Art. 52f Abs. 2^{bis} AsylV 1 gestatten wir uns davon auszugehen, dass die Zulassung und die Entschädigung der diesbezüglichen Rechtsberatungsstelle durch den Bund erfolgen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Maurer

Der Staatsschreiber

R. S.



Numero
5976

fr

0

Bellinzona
1 dicembre 2021

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale delle finanze
DFF
Bundesgasse 3
3003 Berna

medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'Ordinanza di esecuzione per la trasposizione dello scambio di note tra la Svizzera e l'Unione europea concernente il recepimento del regolamento (UE) 2019/1896 relativo alla guardia di frontiera e costiera europea (Revisione totale dell'ordinanza sulla cooperazione operativa con gli altri Stati Schengen in materia di protezione delle frontiere esterne dello Spazio Schengen (OCOFE), modifiche dell'ordinanza concernente l'esecuzione dell'allontanamento e dell'espulsione di stranieri (OEAE) e dell'ordinanza 1 sull'asilo (OAsi 1) nonché ulteriori modifiche all'OEAE e all'OAsi 1

Gentili signore,
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 20 ottobre 2021 in merito alla summenzionata procedura di consultazione. L'Ordinanza di esecuzione per la trasposizione dello scambio di note tra la Svizzera e l'Unione europea concernente il recepimento del regolamento (UE) 2019/1896 relativo alla guardia di frontiera e costiera europea e le conseguenti modifiche all'OCOFE, all'OEAE e all'OAsi 1 nonché le ulteriori modifiche all'OEAE e all'OAsi 1, unitamente al relativo rapporto esplicativo, sono stati esaminati in collaborazione con l'Ufficio cantonale della migrazione e i servizi di polizia interessati.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

1. Considerazioni generali

In generale, come Esecutivo cantonale accogliamo favorevolmente la proposta di novella legislativa in parola, inerente l'Ordinanza di esecuzione per la trasposizione dello scambio di note tra la Svizzera e l'Unione europea concernente il recepimento del regolamento (UE) 2019/1896 relativo alla guardia di frontiera e costiera europea e le conseguenti modifiche all'OCOFE, all'OEAE e all'OAsi 1 nonché le ulteriori modifiche all'OEAE e all'OAsi 1.

Anche le Autorità di polizia salutano favorevolmente le modifiche qui contemplate, le quali contribuiranno indubbiamente a monitorare in modo più efficace le frontiere esterne Schengen così come i flussi migratori, garantendo una maggiore sicurezza per la Svizzera e il Ticino, territorio particolarmente toccato da questa problematica, data la sua peculiare posizione geografica.

Concordiamo con l'Autorità federale che, con le modifiche conseguenti al recepimento del menzionato regolamento (UE) vi sarà un miglioramento dei controlli alle frontiere esterne Schengen e delle operazioni di rimpatrio dei cittadini extra UE che si trovano illegalmente nello Spazio Schengen, che avverranno nel rispetto dei loro diritti fondamentali. Per raggiungere questo obiettivo l'Agenzia europea della guardia di frontiera e costiera avrà a disposizione il personale ed i mezzi necessari per adempiere ai suoi compiti nel contesto della gestione delle frontiere e dei rimpatri. In aggiunta, in ossequio ad una raccomandazione espressa nell'ambito dell'ultima valutazione Schengen, nella LAsi è stato inserito un obbligo esplicito per il richiedente l'asilo respinto di lasciare lo Spazio Schengen. Di riflesso anche l'OAsi 1 deve essere adattata di conseguenza.

In sintesi queste modifiche concernono l'OCOFE, la quale regola i compiti e gli impieghi dei collaboratori dell'Amministrazione federale delle dogane (AFD), la cooperazione dell'AFD quale riferimento nazionale nei confronti dell'Agenzia, la rappresentanza della Svizzera nel Consiglio d'amministrazione nonché i compiti nei settori impieghi di personale AFD all'estero, impieghi di personale estero in Svizzera e di impieghi di consulenti in materia di documenti. Nell'ambito di questa revisione totale l'OCOFE cambierà denominazione e in futuro verrà chiamata "Ordinanza sulla cooperazione internazionale per la sicurezza dei confini (OCISC)".

Per quanto attiene all'OEAE, verranno modificati l'ammontare delle indennità da versare ai Cantoni e le modalità d'indennizzo per gli impieghi di personale cantonale nel contesto dei rimpatri. Infine, relativamente all'Oasi 1, verranno precisate le informazioni e il sostegno previsto dalla LAsi da parte dei fornitori di prestazioni e dei consultori ai richiedenti d'asilo nell'ambito di possibili violazioni dei diritti fondamentali nel contesto degli interventi dell'Agenzia.

A riguardo siamo del parere, come l'Autorità federale, che le modifiche appena descritte forniranno il loro contributo all'implementazione della sicurezza all'interno dello Spazio Schengen e lungo le frontiere esterne e faciliteranno il rimpatrio dei cittadini in situazione irregolare in rispetto dei loro diritti fondamentali.

Da ultimo rileviamo che sulla necessità di modificare l'OASI 1 e l'OEAE, al fine di dar seguito alle raccomandazioni della Commissione europea nel quadro dell'ultima valutazione Schengen, non possiamo che essere concordi. Infatti le modifiche in parola permettono di conformare la legislazione interna a quanto sancito del diritto europeo in questo contesto.

2. Considerazioni sugli articoli delle Ordinanze federali oggetto di modifica

2.1 Ordinanza sulla cooperazione internazionale per la sicurezza dei confini (OCISC ex OCOFE)

Nessuna osservazione.

2.2 Ordinanza concernente l'esecuzione dell'allontanamento e dell'espulsione di stranieri (OEAE)

Ad art. 15d Agenti di scorta di polizia dei Cantoni

L'obbligo di impiegare agenti di scorta di polizia per gli interventi internazionali di rimpatrio rende necessaria una specifica formazione per le persone ingaggiate, anche in considerazione del contesto della nazione in cui andranno a operare, con un conseguente dispendio di tempo e di risorse che andranno a gravare direttamente sul servizio che le metterà a disposizione. Parimenti, non essendo ancora possibile allo stato attuale delle cose indicare con esattezza il numero di persone che dovranno essere impiegate dal nostro Cantone nell'ambito dei rimpatri, ci preme evidenziare le possibili difficoltà, anche a dipendenza della durata dell'ingaggio, che si potranno avere nel reperire il personale necessario.

Ad. art. 26b cpv. 1 lett. a e b

Come Consiglio di Stato condividiamo con l'Autorità federale la necessità di modificare questi disposti, in ossequio alle raccomandazioni della Commissione europea nel quadro dell'ultima valutazione Schengen. Infatti per la trasposizione delle stesse si rende necessario estendere nell'art. 26b cpv. 1 lett. a) OEAE l'obbligo dello straniero di lasciare lo Spazio Schengen oltre che la Svizzera e al cpv. 1 lett. b) del medesimo disposto indicare che la data fissata per lasciare la Svizzera vale anche per lasciare lo Spazio Schengen. Così facendo la legislazione interna sarà conforme alla direttiva sui rimpatri dell'Unione europea (direttiva rimpatri UE), secondo la quale gli Stati Schengen hanno l'obbligo di emettere decisioni d'allontanamento che indicano agli stranieri interessati lo Spazio Schengen e di recarsi in Patria o in un Paese terzo fuori dallo Spazio Schengen.

2.3 Ordinanza 1 sull'asilo relativa a questioni procedurali (Oasi 1)

Ad. art. 32 cpv. 1

Per gli stessi motivi indicati nel commento alla modifica dell'art. 26 cpv. 1 lett. a e b OEAE, a questo disposto deve essere tolto il riferimento alla Svizzera per far comprendere che l'allontanamento è da tutto lo Spazio Schengen. Per quanto attiene alla relativa spiegazione di questa modifica si rinvia a quanto suindicato nel commento alla modifica di cui all'art. 26 cpv. 1 lett. a e b OEAE.

Ad. art. 52a bis, 52b bis e 52f cpv. 2 bis

In qualità di Esecutivo cantonale concordiamo con il legislatore federale sulla necessità di informare i richiedenti l'asilo, nell'ambito delle spiegazioni inerenti agli obblighi ed ai diritti che la procedura d'asilo comporta, anche della possibilità di ricorso all'Agenzia relativamente alle violazioni connesse a impieghi dell'Agenzia stessa. Ciò indicando,

dopo la presentazione della domanda d'asilo, presso i centri della Confederazione, in aeroporto o in caso di procedura ampliata presso un consultorio giuridico, la procedura di ricorso da seguire presso l'Agenzia ed i diritti fondamentali, previsti dalla carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea. Questo compito viene demandato alla rappresentanza legale, la quale deve fornire consulenza e sostegno al richiedente nella presentazione di un ricorso all'Agenzia nel caso in cui lo stesso sostiene di aver subito una violazione dei propri diritti fondamentali ai sensi della carta dei diritti fondamentali UE. Rimarchiamo come un'informazione preventiva e formulata in diverse lingue da parte dell'autorità sia da auspicare, in modo da sensibilizzare i migranti su questo loro diritto. Questa novella legislativa permette così di garantire una protezione adeguata al richiedente l'asilo in caso di asserite violazioni dei suoi diritti nell'ambito di attività svolte dall'Agenzia, facendo capo a strutture già esistenti come i consultori presenti nei vari Cantoni oppure i rappresentanti legali a disposizione nei centri federali di asilo o presso gli aeroporti.

3. Conclusioni

In qualità di Consiglio di Stato non possiamo che confermare la necessità di procedere agli adeguamenti delle menzionate ordinanze, resisi necessari a seguito dell'applicazione dell'Ordinanza di esecuzione per la trasposizione dello scambio di note tra la Svizzera e l'Unione europea concernente il recepimento del regolamento (UE) 2019/1896 relativo alla guardia di frontiera e costiera europea e del recepimento delle raccomandazioni della Commissione europea nel quadro dell'ultima valutazione Schengen.

Parimenti l'Esecutivo cantonale valuta positivamente il contributo che apporteranno questi recepimenti e le relative modifiche del diritto interno a livello di ordinanze allo scopo di accrescere la sicurezza all'interno dello Spazio Schengen e sulle frontiere esterne, di semplificare la gestione delle frontiere esterne dello spazio Schengen e di accrescere la garanzia del rispetto e la tutela dei diritti fondamentali dei richiedenti l'asilo.

Infine, dal lato finanziario, rileviamo che a mente dell'Autorità federale i Cantoni non dovrebbero venir particolarmente toccati poiché la proposta modifica legislativa non comporta significativi aggravii per le Autorità cantonali coinvolte, né in termini economici né sugli effettivi del personale.

Viene accolto favorevolmente l'aumento dei forfait di rimborso spese per gli agenti delle polizie cantonali impiegati nell'ambito dell'allontanamento.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnaldo Coduri

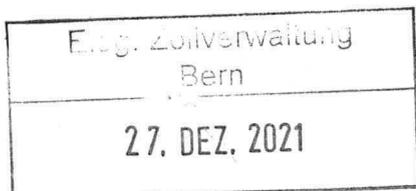
Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Comando della Polizia cantonale (servizio.giuridico@polca.ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

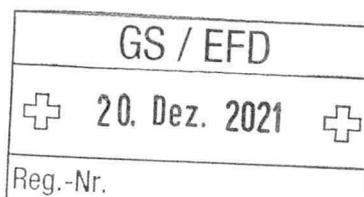


CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne



Aktenzeichen:



Reg.-Nr.

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
(DFF)
Bundesgasse 3
3003 Berne

Réf. : 21_COU_8862

Lausanne, le 15 décembre 2021

Consultation fédérale (CE) Ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1 896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir associé à cette consultation, à laquelle il répond par la présente.

Sur le fond, il est fait renvoi aux déterminations ci-jointes du Gouvernement vaudois du 25 mars 2020 concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1 896.

Cela étant, le Conseil d'Etat vaudois tient à exprimer sa profonde préoccupation liées aux conclusions du rapport de juillet 2021 du groupe de travail mis en place par la commission des libertés civiles (LIBE) du Parlement européen, faisant état de violations des droits humains de migrant-e-s. Réaffirmant son engagement inconditionnel en faveur du respect des droits humains, le Conseil d'Etat demande au Conseil fédéral d'intervenir en faveur d'un renforcement de la transparence et du contrôle démocratique dans le fonctionnement de l'agence et de la cessation immédiate de toute activité identifiée comme contraire aux droits humains.

Au surplus, le Conseil d'Etat n'a pas de remarques supplémentaires à formuler.

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez à ce qui précède, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRÉSIDENTE

Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Aurélien Buffat

Annexe

- Lettre du Conseil d'Etat du 25 mars 2020

Copies

- OAE
- Police cantonale vaudoise

**CONSEIL D'ETAT**

Château cantonal
1014 Lausanne

Département fédéral des finances
Bundesgasse 32
3003 Berne

Réf. : MFP/15026425

Lausanne, le 25 mars 2020

Consultation fédérale – Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 201911896 du Parlement européen et du Conseil relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes et abrogeant les règlements (UE) n° 105212013 et (UE) 201611624, avec une modification de la loi sur l'asile

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée. Vous trouverez ci-dessous les déterminations du Gouvernement vaudois à ce sujet.

S'agissant du personnel détaché par les Etats Schengen pour une longue durée (cat. 2 ; art. 56), l'effectif en est aujourd'hui tout juste suffisant pour permettre à la Police cantonale de réaliser ses missions actuelles dans le cadre des renvois. Dans l'éventualité de l'augmentation des périodes d'engagement, le canton ne serait pas en mesure de fournir un nombre plus important de policiers sur des périodes allant jusqu'à 24 mois. En effet, le personnel n'est actuellement pas suffisant et n'est ni préparé ni engagé dans le but de réaliser ce type de mission.

Pour que le canton puisse se déterminer en toute connaissance de cause, il serait nécessaire de connaître la clé de répartition entre le personnel issu de l'Administration fédérale des douanes (AFD), du Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) et des cantons, respectivement le Canton de Vaud. Il faut souligner que la répartition des agents d'escorte par voie aérienne se fait dans le cadre du Concordat romand.

En ce qui concerne le personnel déployé par les Etats Schengen pour une courte durée (cat. 3 ; art. 57), un engagement de 30 voire de 60 jours est actuellement envisageable en regard de la typologie du personnel spécialisé nécessaire, et cela sans affaiblir de manière significative le corps de police concerné.

Au sujet de la modification de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (LEI ; RS 142.20 version RO 2019 1413) et pour ce qui a trait à la protection des données, on relève un renforcement du mandat de l'agence de l'Union européenne compétente en matière de surveillance des frontières extérieures Schengen (ci-après l'agence) en matière de droit de retour, notamment au regard de l'assistance pour l'identification de ressortissants de pays tiers et de l'obtention de documents de voyage, entraînant l'échange de données personnelles.



CONSEIL D'ETAT

Sur cet aspect, il convient de souligner le fait que si la reprise et la mise en œuvre dudit règlement prévoit une communication de données personnelles au sens de l'art. 105 al. 2 par le SEM (point de contact notamment dans le domaine du retour avec l'agence en vertu du nouvel art. 111a titre et al. 2, résultant de la présente modification projetée) à l'agence, proportionnée et limitée à ce qui est nécessaire pour l'accomplissement de ses tâches (c.f. commentaire p. 44), celle-ci se réalisera via le nouveau système d'information eRetour. Dans le rapport explicatif (p. 35 paragraphe 3.6 « *protection des données* »), il est mentionné que la transmission ne sera pas automatique et se fera à des fins déterminées. Toutefois, il convient d'être vigilant sur la mise en œuvre et les droits d'accès à ce système eRetour, seuls des considérations et paramétrages techniques sembleraient pouvoir empêcher la transmission automatique des données personnelles considérées, cela d'autant plus qu'il est prévu que l'agence se dote d'une plateforme intégrée des retours interconnectée avec les systèmes nationaux de gestion des retours des Etats Schengen. Il est ici précisé que le rapport explicatif (p. 35 paragraphe 3.6.1 « *Plateforme de gestion des retours* ») indique sous certaines réserves que « *les informations provenant de ces systèmes nationaux, y compris les données à caractère personnel, seront ainsi mises à la disposition de l'Agence, de manière à ce qu'elle puisse fournir une assistance technique et opérationnelle* ».

Pour mémoire, les données personnelles transmises par le SEM, relevant de la compétence du Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (FPDPT), à l'agence pourront avoir été traitées et transmises par les autorités cantonales compétentes, notamment en ce qui concerne le Canton de Vaud, en vertu de l'art. 37 al. 1 de la loi du 18 décembre 2007 d'application dans le Canton de Vaud de la législation fédérale sur les étrangers (LVLEtr ; BLV 142.11).

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

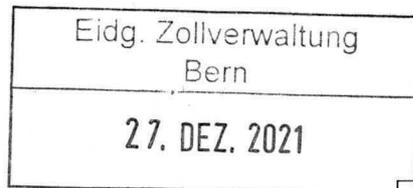
Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Vincent Grandjean

Copies

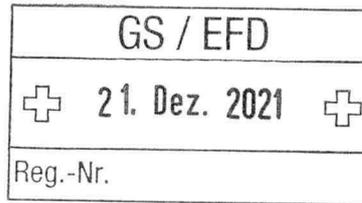
- OAE
- Polcant



Aktenzeichen:

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Notre réf. /

Votre réf. /

Date 15 décembre 2021

Ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1986 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes (Consultation)

Monsieur le Conseiller fédéral,

En réponse à votre correspondance du 20 octobre 2021, le Gouvernement du canton du Valais vous communique sa détermination.

La révision de l'ordonnance sur la coopération opérationnelle en vue de la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen (OCOFE) et les conséquences des modifications apportées aux ordonnances sont rendues obligatoires par les obligations imposées à la Suisse pour la coopération avec les autorités européennes. Le Gouvernement valaisan salue la prise en compte des coûts supplémentaires et des montants d'indemnisation correcte qui seront octroyés aux cantons.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président
Frédéric Favre

Le chancelier
Philipp Spörri

Copie à SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch

GS / EFD

+ 20. Dez. 2021

Reg.-Nr.

LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTELEidg. Zollverwaltung
Bern

27. DEZ. 2021

Aktenzeichen:

Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne**Ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes**

Monsieur le conseiller fédéral,

Par la présente, nous faisons suite à votre courrier du 20 octobre dernier et vous adressons l'avis du Canton de Neuchâtel relatif à la consultation citée en titre.

La révision totale de l'OCOFÉ, nouvellement OCISF, vise à préciser, en particulier, la mise en œuvre des prescriptions du nouveau règlement de l'UE. Elle ne modifie pas les indemnités et les conditions applicables aux engagements des collaborateurs et collaboratrices de l'administration fédérale des douanes.

Quant à l'OERE, les modifications proposées visent à préciser les nouvelles dispositions légales en relation avec la mise en œuvre du règlement UE et sont sans conséquence sur les finances et l'état du personnel. En outre, le montant des indemnités versées aux cantons pour les escortes policières chargées de l'exécution des renvois a été augmenté conformément aux propositions de la CCDJP et répond ainsi aux souhaits des cantons.

Finalement, les modifications proposées concernant l'OA1 ne visent qu'à concrétiser les nouvelles dispositions de la LAsi et sont sans conséquence sur les finances ou le personnel des cantons.

Aussi, le Canton de Neuchâtel n'a aucune remarque particulière à formuler concernant la procédure de consultation susmentionnée.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de nos sentiments distingués.

Neuchâtel, le 15 décembre 2021

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRELa chancelière,
S. DESPLAND

NE



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 8 décembre 2021

Le Conseil d'Etat

6015-2021

GS / EFD	
+	- 9. Dez. 2021
Reg.-Nr.	

Département fédéral des finances
Monsieur Ueli MAURER
Conseiller fédéral
Bundesgasse 3
3003 Berne

Eidg. Zollverwaltung Bern
10. DEZ. 2021
Aktenzeichen:

Concerne : ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes

(révision totale de l'ordonnance sur la coopération opérationnelle avec les autres États Schengen en vue de la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen [OCOFÉ] et modifications de l'ordonnance sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers [OERE] et de l'ordonnance 1 sur l'asile relative à la procédure [OA 1])

ainsi que d'autres modifications de l'OERE et de l'OA 1

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre lettre du 20 octobre 2021, par laquelle vous avez invité le gouvernement cantonal à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge, et il vous en remercie.

Nous saluons les modifications proposées de l'ordonnance 1 sur l'asile relative à la procédure (OA 1) en ce qu'elles prévoient information, conseil et aide aux requérantes et requérants d'asile concernant la possibilité de déposer une plainte pour des violations des droits fondamentaux en relation avec des interventions de l'agence de l'Union européenne compétente en matière de surveillance des frontières extérieures Schengen.

Notre Conseil salue également l'adaptation de l'ordonnance sur la coopération opérationnelle visant la protection des frontières extérieures de l'espace Schengen (OCOFÉ) et celle sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE).

A ce titre, nous constatons avec satisfaction que l'OERE prévoit un ajustement de l'indemnisation, versée par la Confédération aux cantons lors d'engagements d'agents d'escorte policière formés dans le domaine du retour, de CHF 600.- par agent et par opération. Cette disposition concerne la police cantonale genevoise qui pourrait être engagée dans des activités liées à ce type d'opération.

Nous relevons également à satisfaction l'article 26b de cette même ordonnance relatif à l'obligation, s'agissant de personnes frappées d'une décision de renvoi, de quitter non seulement la Suisse, mais également l'espace Schengen. En effet, cette modification permet enfin de fixer, dans une ordonnance, la pratique en vigueur depuis de nombreuses années, confirmée par la jurisprudence.

S'agissant du règlement (UE) 2019/1896 du parlement européen et du conseil relatif au corps européen de gardes-frontières et de garde-côtes et abrogeant les règlements (UE) no 1052/2013 et (UE) 2016/1624, nous considérons que ces dispositions sont des éléments fondamentaux constituant, à nos yeux, la nécessité d'agir pour engager des opérations conjointes, telles que des interventions rapides aux frontières, l'analyse des risques, l'échange d'informations et le renvoi des personnes, visant à renforcer le contrôle des frontières extérieures de l'Union européenne (UE).

Ce règlement intègre par ailleurs de nouvelles dispositions pour l'Administration fédérale des douanes (AFD) quant à l'engagement de longue durée de ses collaborateurs, en faveur de l'Agence de l'Union européenne précitée.

Nous tenons aussi à souligner l'objectif de la politique de l'UE qui ambitionne d'élaborer et de mettre en œuvre une gestion des frontières extérieures et de soutenir, par le biais d'une coopération opérationnelle, les Etats membres dans le domaine des flux migratoires.

Selon votre demande, nous portons à votre connaissance que le Capitaine Bertrand Campéol, de la Police, se tient à disposition pour toute question (bertrand.campeol@police.ge.ch ; tél 022 427 58 21).

Nous vous remercions d'ores et déjà de l'attention que vous voudrez bien prêter aux observations de notre Conseil et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Serge Dal Busco

Copie à (format Word et pdf) : medea.meier@ezv.admin.ch, patrice.obrien@ezv.admin.ch et SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral des finances DFF
Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Palais fédéral
3003 Berne

Par email : medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Delémont, le 16 novembre 2021

Ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes - ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation notée sous rubrique et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il n'a aucune remarque à formuler et vous informe que Monsieur Damien Rérat (032.420.67.23, damien.rerat@jura.ch), Commandant de la Police cantonale, est la personne de contact en cas d'éventuelles questions.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, ses salutations les plus respectueuses.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Per Mail: medea.meier@ezv.admin.ch, patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Bern, 15. Dezember 2021

Vernehmlassung: Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die Mitte hat im National- und Ständerat die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 und die Änderung des Asylgesetzes ([20.064](#)) am 1. Oktober 2021 geschlossen unterstützt. Aus Sicht der Mitte hat die Schweiz ein Interesse daran, dass die Schengen-Aussengrenzen bestmöglich geschützt sind. Frontex ist eine gemeinsame Anstrengung aller Schengen-Länder, die mit finanziellen Mitteln und Personal zur Grenzsicherung beitragen. Künftig wird Frontex auch die Schengen-Staaten bei der Rückführung von Personen unterstützen, die sich dort illegal aufhalten.

Die Mitte begrüsst die hier vorgeschlagenen Verordnungsänderungen zur Umsetzung der EU-Verordnung, insbesondere die mit der KKJPD gefundene Vereinbarung, dass die Pauschale an die Kantone für polizeiliche Begleitpersonen auf 600 Franken pro Tag erhöht werden soll. Mit der Information und Unterstützung von Asylsuchenden durch eine Rechtsvertretung bei möglichen Grundrechtsverletzungen während Einsätzen von Frontex wird auch sichergestellt, dass nicht nur die Schengen-Aussengrenzen, sondern auch die Grundrechte der Asylsuchenden möglichst geschützt werden.

Vorwürfe über illegale «Pushbacks» an den Schengen-Aussengrenzen sind aus Sicht der Mitte konsequent zu untersuchen. Ein Ausstieg der Schweiz aus Frontex steht für Die Mitte nicht zur Diskussion, und würde diese Missstände in keiner Weise beheben. Unzulässige Praktiken sind aufzudecken und besser zu vermeiden, wenn die Schweiz auch mit Personal des Schweizer Grenzwachtkorps vor Ort engagiert ist und auf allfällige Missstände bezüglich Rechtsverletzungen hinweisen kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz



GRÜNE Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

rahel.estermann@gruene.ch
031 326 66 15

Eidgenössisches Finanzdepartement,
Herr Bundesrat Ueli Maurer
3003 Bern

per E-Mail an:
medea.meier@ezv.admin.ch
patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Bern, 22. Dezember 2021

Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen

Vernehmlassungsverfahren zu VZAG (bzw. neu ViZG), VVWAL, AsylV1

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Umsetzung der revidierten Verordnung zur Europäischen Grenz- und Küstenwache in VZAG (bzw. neu ViZG), VVWAL und AsylV1 eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zu den Vorlagen zu äussern.

Die Grundlage dieses Vernehmlassungsverfahrens ist die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache, welche das nationale Parlament am 1. Oktober genehmigte. Die GRÜNEN haben sich sowohl in der Vernehmlassung im Frühling 2020 wie auch in den parlamentarischen Debatten 2021 gegen diese Übernahme gewehrt, da die Grenzschutzagentur Frontex systematisch in Menschenrechtsverstösse involviert ist.¹ Die GRÜNEN unterstützen deshalb auch das laufende Referendum gegen den Bundesbeschluss. Wir äussern uns auch im nun vorliegenden Vorschlag für die Umsetzung kritisch zum Ausbau und zur Aufrüstung von Frontex. Der Grundrechtsschutz muss gestärkt werden und die Schweiz trägt finanziell und moralisch eine Mitverantwortung dafür. Im Rahmen der Umsetzung muss die Schweiz deshalb ihren Spielraum maximal ausnutzen, unter anderem durch eine Veränderung und verstärkte Transparenz ihrer Einsitznahme im Frontex-Verwaltungsrat.

Zu den Verordnungen haben wir folgende Rückmeldungen:

VZAG bzw neu ViZG

Zollgesetz als Grundlage und Vertretung BZAG im Verwaltungsrat von Frontex:

Grundsätzlich kritisieren die GRÜNEN, dass das Zollgesetz und die darauf beruhende Verordnung keine dem Thema angemessene Grundlage ist. Eine Verankerung im Zollgesetz ist

¹ ein ausführliches Argumentarium findet sich hier: <https://gruene.ch/kampagne/menschenrechte-statt-grenzgewalt-keine-finanzierung-von-frontex> (18.12.2021)

problematisch, geht es doch inzwischen faktisch darum, den (bewaffneten) Einsatz von mehreren tausend Schweizer*innen an den Europäischen Aussengrenzen zu regeln. Diese unterstehen in ihren Einsätzen zudem oftmals der Einsatzverantwortung ausländischer Staaten. Somit hat das Geschäft längst sowohl eine starke migrationspolitische Dimension wie auch eine Dimension der europäischen Zusammenarbeit erhalten.²

Im Rahmen der anstehenden Revision des Zollgesetzes ist deshalb zu überprüfen, ob nicht eine neue, separate gesetzliche Grundlage für die Regelung der Frontex-Einsätze geschaffen werden kann. Eine Veränderung der Rechtsgrundlage würde es ermöglichen, die Schweizer Unterstützung von Frontex anders aufzustellen. Die Schweiz könnte mit ihren zahlreichen, den Menschenrechten verbundenen Institutionen aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft die Unterstützung der Schengen-Gemeinschaft an den Aussengrenzen völlig anders gestalten. Beispielsweise mit der Bereitstellung und Rekrutierung von Menschenrechtsbeobachter*innen, in der Rechtsberatung von Flüchtenden, oder auch in Übersetzungsdiensten.

In diesem Sinne sehen wir es kritisch, dass allein das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) die Schweiz im Verwaltungsrat vertreten soll (ViZG Art. 3 Abs. 2).

Aus Sicht der GRÜNEN muss die Schweizer Vertretung:

- dauerhaft zum Staatssekretariat für Migration SEM übergehen oder mindestens dauerhaft sowohl aus BAZG und SEM zusammengesetzt sein.
- mit dem klaren Auftrag ausgestattet sein, dass die Mitsprache im Verwaltungsrat hauptsächlich dazu dienen muss, die humanitären Werte der Schweiz zu vertreten und die rechtsstaatliche Tätigkeit von Frontex zu unterstützen, welche – im Rahmen der notwendigen und legitimen Grenzkontrollen – auch umfassen muss, dass das tatsächliche Recht auf ein wirksames Asylgesuch gewährleistet ist.
- in der Öffentlichkeit transparent sein bezüglich Person(en), die dort Einsitz nimmt, und Positionen, welche die Vertretung im Verwaltungsrat vertritt.

Einsätze für Frontex (Art. 4):

Das Grenzwachtkorps wählt die Mitarbeitenden für die Auslandseinsätze aus (Abs. 2). Es fällt auf, dass im Vergleich zur bisherigen VZAG (Art. 4) das Wort «freiwillig» weggefallen ist. Gemäss Erläuterungen zum neuen Entwurf (Seite 10) bleiben die Einsätze für Frontex aber freiwillig. Entsprechend muss auch weiterhin klar in der Verordnung festgeschrieben werden, dass kein Mitglied des Grenzwachtkorps zu Einsätzen für Frontex gezwungen werden kann.

Die Schweiz ist verpflichtet, Personal in den verschiedenen Kategorien (2-4, siehe Erläuterungen, Seite 10) der Einsätze zu stellen. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn die Verordnung festhält, dass das Schweizer Personal hauptsächlich für die Stärkung der Grundrechte (das heisst für die Sicherstellung des Rechts auf Asyl der Flüchtenden) eingesetzt wird. Uns ist bewusst, dass der Spielraum für eine solche spezifische Einsatzpolitik klein ist – aber die Schweiz muss dafür alle möglichen Spielräume nutzen.

Datenaustausch (Art. 7):

Beim Datenaustausch mit Frontex sind die Verhältnismässigkeit und der Datenschutz zu wahren. Es sollen nur Regelungen eingeführt werden, die vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) geprüft, beurteilt und gutgeheissen wurden.

² siehe auch die Einschätzung des Europarechtlers Rainer J. Schweizer vom 24. November 2021 in der NZZ: <https://www.nzz.ch/meinung/frontex-referendum-mitverantwortung-der-schweiz-am-europaeischen-migrations-und-asylrecht-ld.1655965> (18.12.2021)

Grundrechtsverletzungen, Strafverfolgung und Bewaffnung:

Wir begrüßen die Meldepflicht (Art. 9 Abs. 4) von Grundrechtsverletzungen des BAZG-Personals, und wir begrüßen auch, dass das Personal beobachtete Grundrechtsverletzungen melden muss (Abs. 5). Wir regen an, dass die Schweiz sich verpflichtet, entsprechende Informationen mindestens jährlich öffentlich zu publizieren.

Das Militärstrafgesetz (MStG) und das Strafgesetzbuch (StGB) enthalten jedoch keine spezifischen Rechtsnormen im Zusammenhang mit "Pushbacks" oder Verstößen gegen zwingendes Völkerrecht, derer sich Frontex und das dort eingesetzte nationale Personal schuldig machen. Folglich müssten mögliche Verurteilungen von Mitgliedern des Grenzwachtkorps in der Schweiz nach dem MStG oder dem StGB auf Normen basieren, die nicht spezifisch für die Straftat sind (beispielsweise Gefährdung, Amtsmissbrauch). Die praktische Umsetzung dieser subsidiären Verantwortlichkeit bei der Strafverfolgung scheint daher nur theoretisch oder nur sehr begrenzt möglich zu sein.

Aus diesem Grund regen die GRÜNEN an, eine spezifische Strafnorm zu schaffen, die Verstöße gegen zwingendes Völkerrecht, insbesondere gegen das Non-Refoulement-Prinzip, unter Strafe stellt.

Zentral ist zudem, dass für die Schweizer*innen im Einsatz für Frontex kein weitergehender Waffeneinsatz als in der Schweiz möglich ist (Art. 10).

VWAL

In diesem Bereich schliessen wir uns den Vorschlägen in der Vernehmlassungsantwort von Asylex an.

AsylV1

Die GRÜNEN begrüßen, dass die Asylsuchenden durch die mandatierten Rechtsschutzakteure über die Beschwerdemöglichkeit bei Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Frontex-Einsätzen informiert und unterstützt werden sollen, auch wenn dies die grundsätzlichen Defizite des Frontex-Beschwerdemechanismus nicht auszugleichen vermag.

Zudem: Die finanzielle Abgeltung an die Leistungserbringer des Rechtsschutzes für diese Zusatzaufgabe muss klar zusätzlich zur bisherigen Finanzierung erfolgen und ausreichend umfassend ausgestaltet sein, so dass sie die Einstellung von ausreichend qualifizierten Grundrechtsexpert*innen ermöglicht, welche sich dieser Aufgabe vollständig widmen können. Diese Aufgabe kann aufgrund anderweitiger fachlicher Kompetenz und mangelnder zeitlicher Kapazität nicht von der bisherigen Beratung und Rechtsvertretung zusätzlich zu ihren alltäglichen Aufgaben übernommen werden.

Wir danken Ihnen, Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme unserer Position und die Berücksichtigung unserer Vorschläge zu den Verordnungen.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Rahel Estermann
stv. Generalsekretärin, Leiterin Politik



Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per Email an:
medea.meier@ezv.admin.ch, patrice.obrien@ezv.admin.ch,
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Bern, 17. Dezember 2021

Stellungnahme der SP zu den Ausführungsbestimmungen zur Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Zusammenfassung

Für die SP ist klar, dass die Asyl- und Menschenrechte von Flüchtenden unter allen Umständen gewahrt werden müssen. Im Grundsatz befürwortet sie deshalb ein gemeinsames europäisches System, das anstelle der Nationalstaaten und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention über die Einreise in den Schengen-Raum wacht. Das existierende Dublin-System wie auch Frontex genügen diesem Anspruch in weiten Teilen nicht und müssen umfassend reformiert werden. Ein wichtiges Instrument hierfür sind Beschwerdemassnahmen sowie der effektive Zugang von Asylsuchenden dazu. In diesem Sinne begrüsst die SP diverse vorgeschlagene Anpassungen in den Ausführungsbestimmungen zur Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex), die insgesamt ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes an der Schengen-Aussengrenze sind.

Die SP fordert jedoch Verbesserungen in den folgenden Bereichen: Strafrechtliche Verantwortung des an Frontex entsandten Personals (Art. 9 Abs. 1 und 2 E-ViZG); ausreichende Informationen über die Möglichkeit, eine Beschwerde gegen Frontex einzureichen (Art. 52a^{bis} E-AslyV 1); angemessene Entschädigung von Rechtsvertretungen (Art. 52b^{bis}).

Artikel 9 E-ViZG : Verantwortung des entsandten Personals

Die SP fordert, Art. 9 Abs. 1 und 2 E-ViZG folgendermassen abzuändern:

Art. 9 Abs. 1 E-ViZG: *«Angehörige des Grenzwachtkorps (GWK), die bei einem Einsatz im Ausland eine Straftat begehen, unterstehen dem Recht des Einsatzstaats. Verzichtet dieser auf die Strafverfolgung, ist dieser nicht willens oder nicht in der Lage,*

eine Ermittlung oder Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen, so ist das Militärstrafgesetz anwendbar.

Art. 9 Abs. 2 E-ViZG: «Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG, die nicht unter Absatz 1 fallen und die bei einem Einsatz im Ausland eine Straftat begehen, unterstehen dem Recht des Einsatzstaats. Verzichtet dieser auf die Strafverfolgung Ist dieser nicht willens oder nicht in der Lage, eine Ermittlung oder Strafverfolgung ernsthaft durchzuführen, so ist das Strafgesetzbuch anwendbar.»

Angesichts der Schwere der Frontex vorgeworfenen Handlungen ist die SP der Ansicht, dass die Einleitung einer Strafverfolgung in der Schweiz nicht nur dann möglich sein sollte, wenn der Entsendestaat ausdrücklich auf die Strafverfolgung verzichtet, sondern auch dann, wenn er sich angesichts offensichtlich krimineller Handlungen, die umfassend dokumentiert sind, damit begnügt, nicht tätig zu werden. Gleichzeitig muss nicht in jedem Fall gleich eine Strafverfolgung durchgeführt werden, auch eine ernsthaft durchgeführte Ermittlung – die später nicht in einer Strafverfolgung mündet – reicht aus. Diese hier vorgeschlagene Neuformulierung ist angelehnt an Art. 17 Abs. 1 lit. a des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs und entspricht somit einem etablierten Mechanismus.

Art. 52a^{bis} E-AsylV 1: Information über die Möglichkeit, eine Beschwerde gegen Frontex einzureichen

Die SP fordert, Art. 52a^{bis} Abs. 3 E-AsylV 1 folgendermassen abzuändern:

Art. 52a^{bis} Information zum Beschwerdeverfahren bei der für die Überwachung der Schengen-Aussengrenzen zuständigen Agentur der Europäischen Union (Art. 102g Abs. 3 AsylG)

¹ *Während des Aufenthaltes in den Zentren des Bundes oder am Flughafen informiert die Beratung nach Artikel 102g AsylG die Asylsuchenden zu den Beschwerdemöglichkeiten bei der für die Überwachung der Schengen-Aussengrenzen zuständigen Agentur der Europäischen Union (Agentur) in Bezug auf Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Einsätzen der Agentur.*

² *Die Information umfasst namentlich den Beschwerdemechanismus bei der Agentur gemäss Artikel 111 der Verordnung (EU) 2019/18962 sowie die Aufklärung hinsichtlich möglicher Verletzungen der Grundrechte gemäss der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.*

³ *Die beauftragten Leistungserbringer stellen sicher, dass die Information so früh wie möglich nach der Einreichung des Asylgesuchs und im zum vollen Verständnis notwendigen Detaillierungsgrad erfolgt.*

Die SP begrüsst es, dass Asylsuchende über ihre Beschwerderechte unterrichtet werden. Allerdings darf es nicht sein, dass diese Information in einer Fülle von Mitteilungen untergeht. Deshalb müssen Asylsuchende im zum vollen Verständnis notwendigen Detaillierungsgrad über ihre Beschwerderechte informiert werden.

Art. 52b^{bis} E-AsylV 1: Entschädigung von Rechtsvertretungen

Die SP fordert, einen zusätzlichen Abs. 3 bei Art. 52b^{bis} E-Asyl-V 1 einzufügen:

Art. 52b^{bis} Beratung und Unterstützung bei der Einreichung einer Beschwerde bei der Agentur (Art. 102k Abs. 1 Bst. g AsylG).

1 Macht eine asylsuchende Person geltend, aufgrund von Tätigkeiten oder Unterlassungen des an einem Einsatz der Agentur beteiligten Personals in ihren Grundrechten verletzt worden zu sein, wird diese in den Zentren des Bundes und am Flughafen durch die zugewiesene Rechtsvertretung bei der Einreichung einer schriftlichen Beschwerde gemäss Artikel 111 der Verordnung (EU) 2019/18964 beraten und unterstützt.

2 Die Beratung und Unterstützung nach Absatz 1 dauert bis zum Zeitpunkt der abschliessenden Übermittlung der Beschwerde an die Agentur.

3 Die zugewiesene Rechtsvertretung wird für ihre Mehrarbeit angemessen entschädigt.

Diese in Art. 52b^{bis} Abs. 3 geforderte zusätzliche Entschädigung ist analog Art. 20 E-ViZG auszugestalten. Denn es wäre völlig unverständlich, wenn nur anwaltliche Vertretung der mutmasslichen Täter eine zusätzlich Entschädigung erhielten, nicht jedoch die Anwält:innen der mutmasslichen Opfer von Grundrechtsverletzungen.¹

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident

¹ Art. 20 E-ViZG Unterstützung in Verfahren: «Werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit im Ausland in ein Zivil-, Verwaltungs- oder Strafverfahren verwickelt, so kann das BAZG in Ausnahmefällen rechtliche und finanzielle Unterstützung leisten. Es unterstützt das betroffene Personal namentlich bei der Vermittlung einer anwaltlichen Vertretung im Ausland. Die Entschädigung von Verfahrens- und Parteikosten richtet sich nach Artikel 77 der Bundespersonalverordnung vom 3. Juli 2001.»



Severin Meier
Politischer Fachsekretär



Frau Seraina Nufer
Co-Abteilungsleiterin Protection
031 370 75 75
seraina.nufer@fluechtlingshilfe.ch

Frau Medea Meier, EZV
medea.meier@ezv.admin.ch

Frau Patrice O'Brien, EZV
patrice.obrien@ezv.admin.ch

SEM:
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Bern, 20. Dezember 2021

**Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Flüchtlingshilfe:
Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen
Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums, Änderungen der
Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von
ausländischen Personen und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen
(Vernehmlassung 2021/68)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SFH bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussert sich im Folgenden zu den für sie wichtigsten Punkten. Wenn zu einem Punkt keine Stellung bezogen wird, ist dies nicht als Zustimmung zu werten.

Defizite im Frontex-Grundrechtsschutzsystem

Wie bereits im Rahmen der Übernahme und Umsetzung der EU-Frontex-Verordnung dargelegt, befürwortet die SFH zwar grundsätzlich die Übernahme und Umsetzung der EU-Verordnung als Teil der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes, da die Schengen-Assoziierung nicht aufs Spiel gesetzt werden soll. Sie beobachtet die Entwicklungen aber kritisch. Frontex ist heftig umstritten; es fehlt eine unabhängige Kontrolle der Agentur, und sie ist seit Jahren in Korruptionsskandale, Menschenrechtsverletzungen und illegale Pushbacks an den EU-Aussengrenzen verwickelt. Auf EU-Ebene laufen daher verschiedene Untersuchungen gegen die Agentur. Gleichzeitig sind die Massnahmen zum Grundrechtsschutz gemäss EU-Frontex-Verordnung aus Sicht der SFH klar unzureichend. Wie bereits in der Vernehmlassungsantwort im Rahmen der Übernahme und Umsetzung der EU-Frontex-Verordnung auf Gesetzesstufe dargelegt, braucht es aus Sicht der SFH unabhängige Kontroll- und Beschwerdemechanismen sowie in systematisches, dauerhaftes Monitoring, um die Grundrechtskonformität des Grenzregimes sicherzustellen. Die in der Verordnung vorgesehenen agentur-internen Massnahmen reichen dazu nicht aus.

Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz bei der innerstaatlichen Umsetzung auf Verordnungsebene umso mehr gewährleisten, dass sie ihren Umsetzungsspielraum bestmöglich ausnutzt, um den Grundrechtsschutz im Zusammenhang mit Frontex-Einsätzen sicherzustellen. Zudem sind beim Datenaustausch mit Frontex stets die Verhältnismässigkeit und der Datenschutz zu wahren. Es sollen nur Regelungen eingeführt werden, die vom Eidg.



Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) geprüft, beurteilt und gutgeheissen wurden.

Vorgeschlagene Änderungen in der AsylV1:

Im Parlament wurde als flankierende Massnahme zur verstärkten Unterstützung von Frontex die Ergänzung in Art. 102g, 102k und 102l AsylG eingefügt, wonach der Zugang zum Frontex-Grundrechtsbeschwerdeverfahren nach Art. 111 der Verordnung (EU) 2019/1896 für Asylsuchende in der Schweiz gewährleistet werden soll. Dazu sollen betroffene Asylsuchende durch die zugewiesenen Rechtsschutzakteure in den Bundesasylzentren (BAZ) oder am Flughafen sowie die anerkannten kantonalen Rechtsberatungsstellen informiert, beraten und bei der Einreichung einer Frontex-Beschwerde unterstützt werden. Auf Verordnungsstufe soll dies nun mit Anpassungen in Art. 52a^{bis}, 52b, 52b^{bis} und 52f E-AsylV1 umgesetzt werden.

Diese Massnahme vermag die grundsätzlichen Defizite des Frontex-Beschwerdemechanismus – insbesondere die fehlende Unabhängigkeit – selbstverständlich nicht auszugleichen. Hier besteht aus Sicht der SFH ein grundlegender Reformbedarf, für den sich die Schweiz im Rahmen ihrer Schengen/Dublin-Assoziierung und als Mitglied des Frontex-Verwaltungsrates auf allen Ebenen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dezidiert einsetzen sollte. Dennoch **begrüssst die SFH grundsätzlich, dass die Asylsuchenden durch die mandatierten Rechtsschutzakteure über die Beschwerdemöglichkeit bei Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Frontex-Einsätzen informiert und bei der Einreichung einer Beschwerde unterstützt werden sollen.** Zumindest kann damit ein Beitrag geleistet werden, dass Geflüchtete, welche im Rahmen von Frontex-Einsätzen Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden und in der Schweiz ankommen, effektiv Zugang zum bestehenden Beschwerdemechanismus erhalten.

Rolle der Rechtsschutzakteure und Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Änderung

Allerdings ist es aufgrund dem heutigen Mandat und den Kapazitäten der Leistungserbringer im Rechtsschutz nicht möglich, diese Änderung kostenneutral umzusetzen, wie dies im erläuternden Bericht (S. 32) vorgeschlagen wird. Im erläuternden Bericht wird zwar in Aussicht gestellt: *«Sollte die neue Aufgabe zu einem erheblichen Mehraufwand für die Leistungserbringer bzw. Rechtsberatungsstellen führen, wird zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls zu prüfen sein, ob eine zusätzliche Abgeltung z. B. mittels einer Zusatzvereinbarung geregelt werden könnte.»*

Dass ein solcher erheblicher Mehraufwand für die Leistungserbringer anfallen wird, ist bereits jetzt klar absehbar. Frontex-Beschwerden betreffen Verletzungen von Grundrechten gemäss Grundrechtecharta der EU. Das Verfahren und das Sachgebiet unterscheidet sich massgeblich von den Verfahren im Rahmen des schweizerischen Asylrechts. Das Mandat der Leistungserbringer im Rechtsschutz umfasst indes ausschliesslich den Rechtsschutz im Asylverfahren und dementsprechend das Asylrecht. Die im Asylgesetz und der AsylV1 neu vorgesehenen Aufgaben erfordern hingegen fundiertes Fachwissen im Bereich der Grundrechte und im europäischen Recht. Zudem erfordert eine Unterstützung bei einer Frontex-Beschwerde aufwändige Abklärungen: Auch wenn das Frontex-Beschwerdeverfahren mit dem zur Verfügung gestellten Beschwerdeformular relativ niederschwellig gestaltet ist, bedingt eine seriöse Beschwerde in aller Regel fundierte Sachverhaltsabklärungen, die Sammlung und Prüfung allfälliger Beweismittel sowie eine detaillierte Aufarbeitung der geltend gemachten Grundrechtsverletzungen. So verlangt denn auch das Frontex-Beschwerdeformular möglichst

genaue Beschreibungen. Damit ist ein erheblicher Zusatzaufwand verbunden. Diese Aufgabe kann daher aufgrund anderweitiger fachlicher Kompetenz und mangelnder zeitlicher Kapazität im getakteten beschleunigten Verfahrens nicht von der bisherigen Beratung und Rechtsvertretung zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben übernommen werden. Die **finanzielle Abgeltung an die Leistungserbringer des Rechtsschutzes für diese Zusatzaufgabe muss deshalb klar zusätzlich** zur bisherigen Finanzierung erfolgen und so ausreichend umfassend ausgestaltet sein, dass sie die **Einstellung von ausreichend qualifizierten Grundrechtsexpert*innen** ermöglicht, welche sich dieser Aufgabe vollständig widmen können.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Art. 52b^{bis} Abs. 1 E-AsyIV1

In der Vernehmlassungsvorlage ist vorgesehen, dass die Beratung und Unterstützung bei der Einreichung einer Frontex-Beschwerde durch die zugewiesene Rechtsvertretung geleistet wird. Diese zwingende Verknüpfung mit der Person der zugewiesenen Rechtsvertretung erachtet die SFH als nicht zweckmässig. Es sollte dem Leistungserbringer freigestellt sein, wer die Beratung und Unterstützung bei Frontex-Beschwerden übernimmt. Diese Aufgabe sollte aufgrund der vorangehenden Ausführungen bezüglich Fachkompetenz und zeitlicher Kapazität gerade von einer eigens dafür eingestellten Grundrechtsfachperson übernommen werden. Die SFH schlägt deshalb folgende Formulierung vor:

*1 Macht eine asylsuchende Person geltend, aufgrund von Tätigkeiten oder Unterlassungen des an einem Einsatz der Agentur beteiligten Personals in ihren Grundrechten verletzt worden zu sein, wird diese in den Zentren des Bundes und am Flughafen **durch den Leistungserbringer** bei der Einreichung einer schriftlichen Beschwerde gemäss Artikel 111 der Verordnung (EU) 2019/18964 beraten und unterstützt.*

Zu Art. 52b^{bis} Abs. 2 E-AsyIV1

Absatz 2 sieht vor, dass die Beratung und Unterstützung *bis zum Zeitpunkt der abschliessenden Übermittlung* der Beschwerde an die Agentur dauert. Bei dieser Formulierung ist ausgeschlossen, dass die in ihren Grundrechten verletzte Person im weiteren Verfahren noch Unterstützung erhält. Damit ist zu befürchten, dass gerade in komplexeren Verfahren keine adäquate Begleitung gewährleistet ist und die Beschwerde zur Alibiübung wird. Es muss sichergestellt werden, dass auch nach Beschwerdeeinreichung die Korrespondenz mit Frontex mit der betroffenen Person besprochen werden und allfällige Nachreichungen getätigt werden können.

Die SFH schlägt deshalb vor, **Absatz 2 zu streichen**.

Alternativ schlägt die SFH vor, Absatz 2 wie folgt zu formulieren:

*2 Die Beratung und Unterstützung nach Absatz 1 dauert bis **zum Abschluss des Beschwerdeverfahrens bei der Agentur. Im Falle einer Zuweisung der asylsuchenden Person in den Kanton vor Abschluss des Beschwerdeverfahrens wird die im Zuweisungskanton zugelassene Rechtsberatungsstelle ab diesem Zeitpunkt zuständig für die Beratung und Unterstützung nach Absatz 1.***

Zu Art. 52b^{bis} Abs. 3 E-AsylV1

Um eine ausreichende finanzielle Abgeltung des Leistungserbringers für diese zusätzliche, spezifische Aufgabe sicherzustellen, schlägt die SFH folgende Ergänzung in Absatz 3 vor:

3 Die zusätzliche Entschädigung für die Mandatserweiterung des Leistungserbringers ist so auszugestalten, dass dieser die fachgerechte Unterstützung und Beratung nach Absatz 1 und 2 vollumfänglich gewährleisten kann. Gemeinsame Lösungen zwischen den Leistungserbringern in den Asylregionen sind möglich.

Zu Art. 52f Abs. 2^{ter} E-AsylV1:

Analog soll die ausreichende Finanzierung dieser Aufgabe auch bei den zugelassenen Rechtsberatungsstellen in den Kantonen sichergestellt werden (auch wenn die Anzahl entsprechender Fälle dort allenfalls kleiner sein wird als in den BAZ). Die SFH schlägt folgende Ergänzung in einem neuen Absatz 2^{ter} vor:

2^{ter} Die zusätzliche Entschädigung an die im Zuweisungskanton zugelassene Rechtsberatungsstelle ist so auszugestalten, dass diese die fachgerechte Beratung und Unterstützung nach Artikel 52b^{bis} vollumfänglich gewährleisten kann. Gemeinsame Lösungen zwischen den in den Kantonen zugelassenen Rechtsberatungsstellen sind möglich.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Fragen steht Ihnen Frau Seraina Nufer, Co-Abteilungsleiterin Protection, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Miriam Behrens
Direktorin



Seraina Nufer
Co-Abteilungsleiterin Protection

via Mail zugestellt

medea.meier@ezv.admin.ch

patrice.obrien@ezv.admin.ch

SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Zürich, 20. Dezember 2021

**Vernehmlassungsantwort
Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen
Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-
Raums und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung
sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen
(Vernehmlassung 2021/68)**

Sehr geehrte Damen und Herren

HEKS, das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz, bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. HEKS ist als Leistungserbringerin im Rechtsschutz in den Bundesasylzentren und in den erweiterten Verfahren direkt von den vorgeschlagenen Änderungen der AsylV1 betroffen. Dazu werden wir nachfolgend im Detail Stellung nehmen. Auf die Änderungen der VWWAL werden wir hingegen mangels Relevanz für HEKS nicht eingehen.

Zur geplanten Änderung der AsylV1:

Die vorliegende Verordnungsanpassung folgt der Änderung der Art. 102g, 102k und 102l AsylG. Das Parlament hat entschieden, quasi als flankierende Massnahme zur weiteren Unterstützung der Frontex durch die Schweiz den Zugang zum Frontex-Beschwerdeverfahren gemäss Art. 111 der Verordnung (EU) 2019/18964 (nachfolgend: Frontex-Beschwerde) zu garantieren für alle Asylsuchenden in der Schweiz.

Grundrechtsverletzungen durch Mitarbeitende der Frontex, insbesondere push-backs sind dokumentiert und Gegenstand breiter Kritik sowie verschiedener Untersuchungen. Entsprechend begrüsst HEKS grundsätzlich die Bestrebungen Asylsuchende zu unterstützen eine Beschwerde einzureichen, wenn sie Opfer von Grundrechtsverletzungen durch die Frontex wurden.

HILFSWERK DER EVANGELISCHEN KIRCHEN SCHWEIZ

Hauptsitz
Seminarstrasse 28
Postfach
8042 Zürich

Tel. 044 360 88 00
info@heks.ch
www.heks.ch
PC 80-1115-1



Vorgesehen ist im revidierten Asylgesetz, dass die Rechtsschutz-Leistungserbringer in den Bundesasylzentren sowie den anerkannten kantonalen Rechtsberatungsstellen die betroffenen Asylsuchenden beraten und unterstützen bei der Einreichung einer Frontex-Beschwerde.

Konsequenzen für den Rechtsschutz

Unterschiedliche Rechtsgebiete und -verfahren

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Frontex-Beschwerden Verletzungen von Grundrechten gemäss Grundrechtecharta der EU betreffen. Das Verfahren unterscheidet sich massgeblich von den Verfahren im Rahmen des schweizerischen Asylrechts. Bisher sind die Mandatsträger im Rechtsschutz ausschliesslich im Bereich Asylrecht tätig und die Mitarbeitenden sind entsprechend ausgebildet. Die im Asylgesetz neu vorgesehenen Aufgaben erfordern fundiertes Fachwissen im Bereich der Grundrechte und im europäischen (Grenzschutz-)Recht.

Die Kernaufgabe des Rechtsschutzes ist die Unterstützung der Asylsuchenden im Asylverfahren. Der Fokus der Rechtsvertretung muss auch weiterhin klar bei den Asylverfahren liegen können. Der Fluchtweg und dabei allenfalls erlittene Grundrechtsverletzungen sind nur Teil des Asylverfahrens, wenn diese direkte Auswirkungen zum Beispiel auf den Gesundheitszustand der oder des Asylsuchenden haben. Im Vordergrund stehen klar die Verfolgungssituation im Herkunftsland und allfällige Wegweisungshindernisse. Eine Verflechtung der Abklärungen betreffend Asylgründen und Erlebnissen auf der Flucht dürfte nicht immer sachgemäss sein.

Aufwändige Abklärungen

Auch wenn das Frontex-Beschwerdeverfahren mit dem zur Verfügung gestellten Beschwerdeformular relativ niederschwellig gestaltet ist, bedingt eine seriöse Beschwerde in aller Regel fundierte Sachverhaltsabklärungen, die Sammlung und Prüfung allfälliger Beweismittel sowie eine detaillierte Aufarbeitung der geltend gemachten Grundrechtsverletzungen. So verlangt denn auch das Frontex-Beschwerdeformular *möglichst genaue* Beschreibungen.

Erheblicher Zusatzaufwand

Die genannten Herausforderungen führen zu erheblichem Zusatzaufwand durch die neuen Aufgaben des Rechtsschutzes. Dies einerseits durch den Aufbau von zusätzlichem Fachwissen und -kompetenzen im Bereich des EU-Grundrechtsschutzes, andererseits durch die voraussichtlich aufwändigen Abklärungen und Unterstützungsleistungen in den betroffenen Einzelfällen. **Eine kostenneutrale Umsetzung, wie im erläuternden Bericht vorgeschlagen, wird aus diesen Gründen nicht möglich sein.**

Zu einzelnen Artikeln

Zu Art. 52b^{bis} Abs. 1 E-AsylV1

In der Vernehmlassungsvorlage ist vorgesehen, dass die Beratung und Unterstützung bei der Einreichung einer Frontex-Beschwerde **durch die zugewiesene Rechtsvertretung** geleistet wird. Diese zwingende Verknüpfung mit der Person der zugewiesenen Rechtsvertreterin oder dem zugewiesenen Rechtsvertreter erachtet HEKS als nicht zweckmässig. Es sollte dem Leistungserbringer freigestellt sein, wer die Beratung und Unterstützung bei Frontex-

Beschwerden übernimmt. Diese Aufgabe könnte auch eine Person mit anderer Funktion übernehmen. HEKS schlägt deshalb folgende Formulierung vor:

*1 Macht eine asylsuchende Person geltend, aufgrund von Tätigkeiten oder Unterlassungen des an einem Einsatz der Agentur beteiligten Personals in ihren Grundrechten verletzt worden zu sein, wird diese in den Zentren des Bundes und am Flughafen **durch den Leistungserbringer** bei der Einreichung einer schriftlichen Beschwerde gemäss Artikel 111 der Verordnung (EU) 2019/18964 beraten und unterstützt.*

Zu Art. 52b^{bis} Abs. 2 E-AsylV1

Absatz 2 sieht vor, dass die Beratung und Unterstützung *bis zum Zeitpunkt der abschliessenden Übermittlung* der Beschwerde an die Agentur dauert. Bei dieser Formulierung ist ausgeschlossen, dass die in ihren Grundrechten verletzte Person im weiteren Verfahren noch Unterstützung erhält. Damit ist zu befürchten, dass gerade in komplexeren Verfahren keine adäquate Begleitung gewährleistet ist und die Beschwerde zur Alibiübung wird. Es muss sichergestellt werden, dass auch nach Beschwerdeeinreichung die Korrespondenz der Frontex mit der betroffenen Person besprochen werden und allfällige Nachreichungen getätigt werden können.

HEKS schlägt deshalb vor, **Absatz 2 zu streichen**.

Alternativ wäre denkbar Absatz 2 wie folgt zu formulieren:

*2 Die Beratung und Unterstützung nach Absatz 1 dauert bis **zum Abschluss des Beschwerdeverfahrens bei der Agentur. Im Falle einer Zuweisung der asylsuchenden Person in den Kanton vor Abschluss des Beschwerdeverfahrens wird die im Zuweisungskanton zugelassene Rechtsberatungsstelle ab diesem Zeitpunkt zuständig für die Beratung und Unterstützung nach Absatz 1.***

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse



Peter Merz
Direktor



Carmen Meyer
Leitung HEKS Inland

Ben Salah Nessim BAZG

De: BIERI Pierre-Gabriel <pgbieri@centrepatronal.ch>
Envoyé: lundi, 20 décembre 2021 10:24
À: Meier Medea BAZG; O'Brien Patrice BAZG; _SEM-Stabsbereich Recht Sekretariat
Objet: Révision de l'ordonnance OCOFE

Madame, Monsieur,

Nous remercions sincèrement le chef du Département fédéral des finances d'avoir associé le Centre Patronal à la consultation mentionnée en titre (révision de l'ordonnance OCOFE, modifications des ordonnances OERE et OA1).

Toutefois, au vu du grand nombre de procédures de consultation actuellement ouvertes par la Confédération, et de l'importance secondaire du dossier en question pour l'économie privée, nous renonçons exceptionnellement à prendre position.

Veillez agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Pierre-Gabriel Bieri
Responsable politique

T +41 58 796 33 00
D +41 58 796 33 70
M +41 79 285 14 19
pgbieri@centrepatronal.ch

Centre Patronal
Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne

www.centrepatronal.ch



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Per Email an
medea.meier@ezv.admin.ch, patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Zürich-Flughafen, 8. Dezember 2021

**Vernehmlassung zu den Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des
Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die
Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und
Küstenwache**

Sehr geehrte Frau Meier, sehr geehrter Herr Obrien

Mit Schreiben vom 20. Oktober 2021 wurden wir von Herrn Bundesrat Ueli Maurer eingeladen, zur oben genannten Vernehmlassung Stellung zu beziehen. Wir schätzen diese Gelegenheit zur Stellungnahme sehr und möchten uns dafür bedanken.

Wir haben die Unterlagen geprüft und sind zum Schluss gelangt, dass die Flughafen Zürich AG von den Ausführungsbestimmungen zur Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Grenz- und Küstenwache nicht direkt betroffen ist. Aus unserer Sicht besteht deshalb kein Anlass zur inhaltsbezogenen Stellungnahme. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Ronny Roth
Leiter Ground Operation



Andrew Karim
Stv. Leiter Public Affairs

Julie Frei
AsyLex
Gotthardstrasse 52
8002 Zurich
julie.frei@asylex.ch

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des
finances

Medea.meier@ezv.admin.ch,
Patrice.obrien@ezv.admin.ch,
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Zurich, le 17 décembre 2021

Consultation sur les ordonnances d'exécution relatives à la mise en œuvre de l'échange de notes entre la Suisse et l'Union européenne concernant la reprise du règlement (UE) 2019/1896 relatif au corps européen de garde-frontières et de garde-côtes ainsi que sur d'autres modifications de l'OERE et de l'OA 1

Monsieur le Conseiller fédéral Maurer
Mesdames, Messieurs

Au nom de l'association AsyLex, nous vous remercions pour la possibilité qui nous est donnée de prendre position sur les modifications d'ordonnances mentionnées en objet.

Vous trouverez ci-dessous notre prise de position détaillée.

Meilleures salutations.



Julie Frei

Co-Team Leader de l'équipe détention, AsyLex

1. L'essentiel en bref

- L'agence Frontex est de plus en plus régulièrement reliée à des cas de violations des droits fondamentaux aux frontières extérieures de l'Union européenne. D'agence de gestion des frontières, elle se transforme toujours davantage en une agence de lutte contre la migration aux frontières de l'UE.
- Nous regrettons que la révision complète de l'OCOFÉ, et en particulier la transformation de son titre en OCISF, reflète aussi clairement l'évolution de la politique européenne de gestion des flux migratoires aux frontières de l'UE.
- Dans un contexte où les soupçons de violation des droits fondamentaux des migrants par Frontex se multiplient, introduire une responsabilité pénale en Suisse des collaborateurs de l'OFDF détachés auprès de Frontex est indéniablement positif. Cependant, cette responsabilité de la Suisse devrait être liée à une norme pénale spécifique réprimant les violations de normes du droit international impératif, en particulier du principe de non-refoulement.
- Le fait d'informer les demandeurs d'asile de leurs possibilités d'agir contre Frontex en cas de violation de leurs droits fondamentaux et le fait de les soutenir juridiquement dans ces démarches est positif. Ces mesures paraissent toutefois largement insuffisantes pour assurer l'effectivité de ces droits.
- Pour les procédures en Suisse, il est impensable que les auteurs présumés puissent recevoir une assistance juridique et financière alors qu'aucune assistance n'est prévue pour les victimes souhaitant faire valoir leurs droits
- L'introduction dans l'OERE d'une obligation de quitter le territoire Schengen et non plus uniquement le territoire Suisse en cas de décision de renvoi est incompréhensible et ne prend pas en compte le fait que des ressortissants d'États tiers peuvent avoir le droit de séjourner dans d'autres pays Schengen que la Suisse.

2. Remarques générales

AsyLex a déjà eu l'occasion d'exprimer sa position générale au sujet de Frontex et de son rôle dans le renforcement de la « forteresse Europe ». L'association AsyLex est consciente de la nécessité d'une collaboration dans la gestion des frontières de l'espace Schengen, dans l'optique d'une mise en œuvre cohérente d'un système de libre circulation auquel la Suisse adhère depuis des années.

Force est cependant de constater que les événements révélés ces dernières semaines et mois ne font que renforcer notre position. Prenons pour exemple la révélation au mois d'octobre par le journal Le Monde de l'implication de drones de Frontex dans les

push-back et pull-back de migrants en Lybie.¹ Et rappelons que le Conseil des Droits de l'Homme de l'ONU a récemment qualifié cette implication d'États de l'UE de potentiels **crimes contre l'humanité** au terme d'une mission de Fact Finding dans le pays.²

3. Révision complète de l'OCOFÉ et transformation de celle-ci en OCISF

La transformation du titre de l'OCOFÉ en Ordonnance relative à la coopération internationale en matière de sécurité au frontière montre, à notre sens, bien que la politique de l'UE relative à ses frontières est sensiblement en train de se transformer. D'une politique de collaboration interne à l'Union visant à apporter un soutien aux États se trouvant aux frontières externes dans la gestion des flux migratoires, elle devient une politique de collaboration internationale ayant pour but de gérer en collaboration avec des États tiers, ou de faire gérer par ceux-ci, les flux migratoires avant que ceux-ci ne puissent même atteindre l'Union européenne.

Le soutien aux « gardes côtes » libyens ou l'accord passé avec la Turquie ne sont que les deux exemples les plus connus de cette pratique. Cependant, l'un et l'autre montrent que cette manière de faire a pour effet de priver des personnes vulnérables du droit, qui leur est garanti par les règles internationales, de demander une protection effective dans un État de l'espace Schengen.

4. Communication de données (art. 7 P-OCISF)

AsyLex a déjà eu à plusieurs reprises l'occasion de se prononcer sur la communication de données personnelles des requérants d'asile. Nous estimons qu'une communication de telles données est, par principe, un problème délicat. Ceci, car il s'agit de données particulièrement sensibles liées à des personnes vulnérables.

Dans le cas présent, l'art. 7 P-OCISF prévoit, en outre, une communication de données à un organisme international et donc un traitement de données hors de Suisse, selon des standards n'ayant pas été définis par le législateur suisse. L'absence de contrôle de l'utilisation des données par la Suisse nous paraît donc pour le moins critiquable.

¹ https://www.lemonde.fr/international/video/2021/10/31/migrants-enquete-sur-le-role-de-l-europe-dans-le-piege-libyen_6100475_3210.html?utm_term=Autofeed&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox1635644552

² <https://www.ohchr.org/FR/HRBodies/HRC/Pages/NewsDetail.aspx?NewsID=27595&LangID=F>

5. Responsabilité des personnes détachées (art. 9 P-OCISF, art. 15^equinquies P-OERE)

Norme pénale spécifique :

L'article 9 P-OCISF prévoit une responsabilité subsidiaire de la Suisse pour la poursuite pénale de membres du Cgfr – et par renvoi de l'art. 15^equinquies P-OERE, des collaborateurs du SEM – pour des actes commis durant une période d'affectation pour Frontex. AsyLex félicite le fait que cette possibilité soit inscrite dans l'ordonnance, en particulier au vu des accusations de crimes graves dont fait l'objet l'agence Frontex, notamment par le Comité des Droits de l'Homme.

Cependant, le Code pénal militaire (CPM) et le code pénal (CP) ne contiennent aucune norme spécifique liée aux « Push Back » ou aux violations du droit international impératif dont se rendent régulièrement coupables Frontex et le personnel national y étant affecté. Par conséquent, les éventuelles condamnations auxquelles s'exposent, en Suisse, les membres du Cgfr et les collaborateurs du SEM en vertu du CPM ou du CP devraient se baser sur une ou plusieurs norme non-spécifiques à l'infraction (mise en danger, abus d'autorité). La mise en pratique de cette responsabilité subsidiaire en matière de poursuite paraît donc devoir rester théorique ou, du moins, très limitée.

Pour cette raison, AsyLex réclame la création d'une norme pénale spécifique réprimant les violations du droit international impératif, en particulier du principe de non-refoulement.

Renonciation à la poursuite par l'État d'affectation

Dans la mesure où la compétence originaire pour la poursuite appartient à l'État d'affectation, il est toutefois nécessaire de préciser dans l'ordonnance dans quels cas il peut être admis que l'État d'affectation « renonce à la poursuite pénale ».

Au vu de la gravité des actes reprochés régulièrement à Frontex nous estimons que l'ouverture d'une poursuite en Suisse ne doit pas être uniquement possible lorsque l'État d'affectation renonce de manière expresse à la poursuite, mais également lorsqu'il se contente de ne pas agir face à des actes manifestement criminels largement documentés.

Par conséquent, les alinéas 1 et 2 de l'art. 9 P-OCISF devraient être modifiés pour prévoir expressément une interprétation large de la notion de renonciation à la poursuite pénale.

Départ du délai de plainte :

La subsidiarité de la poursuite pénale en Suisse pose également un problème du point de vue du délai pour déposer une plainte. En effet, la subsidiarité de la poursuite en Suisse implique que, pour qu'une procédure puisse y être ouverte, l'État d'affectation

se soit d'abord déterminé et ait lui-même renoncé à ouvrir une poursuite. Or, le délai pour déposer une plainte n'est que de trois mois à partir du moment où l'ayant droit connaît l'auteur (art. 31 CP et 148a CPM) et il paraît clair que dans bien des cas le temps pris par l'État d'affectation pour renoncer à poursuivre sera plus long, entraînant l'impossibilité pour les victimes d'ouvrir une procédure en Suisse.

Par conséquent, AsyLex demande qu'une solution soit trouvée concernant le point de départ du délai pour le dépôt d'une plainte, respectivement la durée de celui-ci, de manière que la possibilité de poursuite en Suisse soit effectivement garantie et ce même lorsque l'État d'affectation ne renonce qu'implicitement à la procédure.

Obligation de communiquer :

Enfin, AsyLex se réjouit de l'introduction à l'article 9 alinéa 5 P-OCISF d'une obligation, pour les collaborateurs de l'OFDF, de communiquer les violations des droits fondamentaux constatées lors d'affectations auprès de l'Agence. Si l'introduction d'un tel devoir est évidemment positive, elle fait naître cependant un certain nombre de questions : que fera la Suisse de telles dénonciations ? Dénoncera-t-elle Frontex ou le pays d'affectation et auprès de quelle autorité ? Et concernant les fonctionnaires, comment le respect de cette obligation sera assuré et qu'advient-il dans le cas où il s'avérerait qu'un collaborateur a passé sous silence de telles violations ?

6. Soutien lors des procédures (art. 20 P-OCISF)

Cette disposition prévoit une assistance juridique et financière pour les collaborateurs de l'OFDF qui se retrouvent impliqués dans une procédure judiciaire liée à leurs actions lors d'une affectation à l'étranger.

Comme nous le développons plus bas au point 8, l'aide accordée aux victimes présumées qui souhaitent faire valoir leurs droits et ouvrir une procédure contre Frontex ou un collaborateur de l'OFDF est clairement insuffisante.

Pour cette raison, AsyLex estime que l'art. 20 P-OCISF doit être modifié dans le sens qu'une aide identique à celle accordée aux collaborateurs de l'OFDF soit également accordée aux victimes souhaitant ouvrir une procédure pour faire reconnaître une violation de leurs droits humains par Frontex ou un collaborateur de l'OFDF.

7. Décision de renvoi et obligation de quitter le territoire Schengen (art. 26b P-OERE et art. 32 P-OA 1)

Domaine des étrangers :

Dans le domaine des étrangers, la Suisse rend des décisions de renvoi lorsqu'une personne perd son titre de séjour. Or, les titres de séjour délivrés par la Suisse ne

permettent un séjour que sur le territoire national et pas dans l'ensemble de l'union européenne. Dès lors, il est difficilement compréhensible qu'une décision de renvoi puisse, pour sa part, permettre de renvoyer une personne de l'ensemble du territoire de l'Union européenne.

Par conséquent, AsyLex estime que l'exception prévue en faveur des ressortissants des États membres de l'UE et de l'AELE n'est en tout cas pas suffisante. En effet, elle oublie complètement le fait que des ressortissants d'États tiers peuvent être autorisés à séjourner dans un autre État Schengen même s'ils sont renvoyés de Suisse. L'art. 6 par. 2 de la directive 2008/115/CE prévoit d'ailleurs cette possibilité. Il est donc incompréhensible que la transcription en droit suisse de cet article ne la prévoie pas également.

En conclusion, AsyLex estime que cet article 26b P-OERE doit être supprimée. A tout le moins, cet article doit être modifié pour que l'exception prévue pour les ressortissants des États membres de l'UE et de l'AELE englobe également toutes les autres personnes autorisées à séjourner dans un autre État Schengen.

Sur la base des commentaires ci-dessus, la modification de l'art. 32 al. 1 OA 1 ne se justifie pas non plus.

Domaine de l'asile :

Le domaine de l'asile n'est certes pas concerné par cette modification de l'art. 26b OERE, cependant, dans la mesure où le rapport explicatif fait référence à l'introduction d'une disposition similaire à l'art. 45 LAsi, un commentaire par rapport à la situation dans le domaine de l'asile nous paraît inévitable.

Dans le domaine de l'asile, une telle obligation de sortir du territoire de Schengen pourrait éventuellement se comprendre, en partant de l'idée que le Règlement Dublin impose une compétence exclusive d'un pays pour traiter une demande d'asile. Sur cette base, lorsqu'une personne reçoit une décision d'asile négative au terme d'une procédure en Suisse, on pourrait considérer que le Règlement Dublin l'empêche de demander l'asile dans un autre pays de l'espace Dublin et qu'il est donc légitime d'exiger sa sortie de cette zone.

Mais en réalité, cette compétence exclusive n'existe pas. En effet, rien n'empêche un autre État membre de se déclarer compétent sur la base de la clause de souveraineté (art. 17 al. 1 du Règlement Dublin) ou de la clause humanitaire (art. 17 al. 2 du Règlement Dublin). Par conséquent, exiger d'une personne issue du domaine de l'asile de quitter l'espace Schengen n'est pas légitime.

En outre, introduire à l'art. 45 LAsi une obligation de quitter l'espace Schengen sans prendre en compte les particularités du système Dublin paraît assez problématique. En effet, lorsque des renvois sont prononcés à la suite d'une décision de non-entrée

en matière Dublin (art. 31a al. 1 let. b LAsi), le renvoi est, sauf dans le cas de l'art. 32 LAsi, toujours effectué vers un État Schengen.

Renvois Frontex :

Puisqu'il est ici question de renvois, nous nous permettons de formuler une remarque à notre avis importante dans la collaboration de la Suisse avec Frontex.

La Suisse participe régulièrement à des renvois communs sous l'égide de Frontex. Or, l'organisation et le partage des responsabilités dans le cadre de tels renvois sont complètement opaques. Cela a pour conséquence qu'en cas de violation des droits humains des personnes renvoyées, il est très compliqué, voire impossible, de déterminer qui peut être tenu pour responsable et d'agir contre cette personne ou entité.

Par conséquent, AsyLex estime qu'une clarification des responsabilités dans le cadre des renvois Frontex est nécessaire. Il s'agit, premièrement, de définir clairement qui porte les responsabilités du respect des droits fondamentaux aux niveaux administratif, civil et pénal. Deuxièmement, il s'agit également de créer ou de définir un organisme de plainte auprès duquel pourraient se faire connaître les victimes.

8. Information concernant la possibilité de porter plainte contre Frontex. Conseil et aide juridiques (art. 52a^{bis}, 52b^{bis} et 52f P-OA 1)

Conseil et aide juridiques :

AsyLex félicite l'introduction d'un nouvel art. 52a^{bis} OA 1 et le fait qu'une information soit dorénavant prévue quant aux possibilités de plainte pour des violations des droits fondamentaux commises dans le cadre d'engagements de l'agence Frontex.

Cependant, on peut se demander si une simple information donnée par le conseil « dès que possible après le dépôt de la demande d'asile » est suffisante pour garantir que les personnes dont les droits fondamentaux auraient été violés par Frontex soient réellement à même de faire valoir leurs droits. En effet, le risque paraît grand que cette information passe inaperçue au milieu de l'ensemble des informations que reçoivent les demandeurs d'asile en début de procédure ou soit oubliée. En outre, il est désormais clairement établi que les demandeurs d'asile ont besoin de temps pour faire face aux traumatismes vécus dans le cadre de leur parcours migratoires et que des événements traumatiques peuvent n'être révélés que bien plus tard. Les expériences faites dans le domaine de la traite d'êtres humains pourraient être bénéfiques ici pour développer une solution plus ambitieuse.

En outre, il est également positif de prévoir que les personnes souhaitant déposer une plainte contre l'agence Frontex puissent bénéficier de l'aide et des conseils de leur

représentant juridique attribué pour leur procédure d'asile. Mais là encore, cette solution paraît, pour plusieurs raisons, bien insuffisante :

- Premièrement, il est douteux, connaissant la charge de travail que subissent déjà les représentants juridiques dans les centres fédéraux, que cette aide et ce soutien puissent réellement être apportés dans de bonnes conditions.
- Deuxièmement, les représentants juridiques dans les CFA sont des spécialistes du droit d'asile suisse et pas forcément du droit international des droits humains. On peut donc légitimement douter de leur capacité à remplir de manière efficace et suffisante cette nouvelle tâche.
- Troisièmement, l'art. 52^{bis} al. 1 P-OA 1 prévoit que le conseil et l'aide prennent fin au moment du dépôt de la plainte. Les victimes présumées se retrouveraient donc sans assistance juridique pour la suite de la procédure.
- Finalement, AsyLex est d'avis que l'attribution de nouvelles tâches aux représentants juridiques ne peut se faire que si, en parallèle, le forfait par cas versé par la Confédération est réhaussé.

Autres voies de droit :

L'art. 52^{bis} ne prévoit une information qu'au sujet de la procédure de plainte dirigée contre Frontex prévue à l'art. 111 du Règlement. Cependant, le Règlement prévoit également une seconde procédure de plainte, celle-là relative à la responsabilité pénale directe des personnes engagées pour Frontex.

Il n'est pas compréhensible que l'information qui doit être donnée dans les CFA ne concerne que l'une des procédures et non les deux.

Conclusion :

Le fait de donner une information en début de procédure et d'élargir le champ d'action des représentants juridiques dans les centres fédéraux aux actions contre Frontex est évidemment positif. Cependant, cette information paraît finalement bien insuffisante pour assurer l'effectivité des droits des personnes concernées. Deux raisons en particulier doivent être mentionnées.

AsyLex estime d'une part, qu'il est nécessaire que l'information donnée soit complète et traite des deux voies de droits prévues par le Règlement UE et, d'autre part, que l'assistance juridique se terminant au moment du dépôt de la plainte est insuffisante. Les personnes concernées, en tant que victimes, devraient pouvoir bénéficier d'une aide juridique tout au long des différentes procédures (voire à ce sujet le point 6 ci-dessus).

Eidg. Finanzdepartement
Eidgenössische Zollverwaltung
Taubenstrasse 16
3003 Bern

E-Mail:

medea.meier@ezv.admin.ch

patrice.obrien@ezv.admin.ch

SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Bern, 22. Dezember 2021

Vernehmlassungsantwort zur Umsetzung des Notenaustausches der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Gelegenheit, zur Umsetzung des Notenaustausches der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache Stellung zu nehmen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB anerkennt die Notwendigkeit, im Rahmen der Umsetzung der Personenfreizügigkeit bei der Verwaltung der Schengen-Aussengrenzen mit anderen Schengen-Staaten zusammen zu arbeiten. Wir unterstützen deshalb die vorgesehenen Änderungen im Grundsatz, fordern jedoch Anpassungen: Einerseits darf sich die Verwaltung der Schengen-Aussengrenzen nicht darauf beschränken, geflüchteten Menschen den Einlass in den Schengen-Raum zu verwehren oder sie wieder daraus zu vertreiben. Vielmehr muss es verstärkt darum gehen, die Asyl- und Menschenrechte von geflüchteten Menschen besser zu wahren. Andererseits betonen wir wie schon in der Vernehmlassung zur Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 vom 25. März 2020, dass die Frontex-Einsätze freiwillig sein müssen und niemand dazu gezwungen werden darf. Es geht deshalb darum, die Anreize zu erhöhen, damit sich die Teilnahme an Frontex-Einsätzen für Angehörige des BAZG (vormals EZV) auszahlt. Und nicht zuletzt muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Eidgenössische Zollverwaltung EZV in Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit umbenannt und voraussichtlich 2024 ein neues Zollgesetz (BAZG-VG) in Kraft treten wird.

Rückmeldungen zu ausgewählten Bestimmungen

Verordnung über die internationale Zusammenarbeit zur Grenzsicherheit ViZG

Art. 7

Bei der Übergabe von personenbezogenen Daten an die Agentur muss die Schweiz darauf achten, dass die schweizerischen Standards bezüglich Datenschutz und Sicherheit eingehalten werden. Eine Bekanntgabe von sensiblen Personendaten ohne entsprechende Kontrolle durch die Schweiz ist nicht akzeptabel.

Art. 9

Der SGB begrüsst, dass die Schweiz subsidiär in der Verantwortung steht für im Rahmen von Frontex-Einsätzen begangene Straftaten. Diese Verantwortung soll sie auch übernehmen müssen, wenn der Einsatzstaat nicht explizit auf eine Strafverfolgung verzichtet, aber trotzdem nicht willens oder in der Lage ist, eine Ermittlung oder Strafverfolgung durchzuführen.

Des Weiteren kennen das Militärstrafgesetz sowie das Strafgesetzbuch keinen Straftatbestand bezüglich Verletzung zwingenden internationalen Rechts. Doch insbesondere das «non Refoulement»-Prinzip wird bei illegalen Pushbacks an den Schengen-Aussengrenzen regelmässig verletzt. Der SGB regt deshalb an, einen neuen Straftatbestand «Verletzung von zwingendem internationalem Recht» zu schaffen.

In **Abs. 1** ist noch von den Angehörigen des Grenzwachtkorps die Rede, was im Moment noch korrekt ist. Das auf den 1.1.2022 neu sich konstituierende BAZG (vormals EZV) rechnet jedoch damit, dass auf den 1.1.2024 das neue Zollgesetz (BAZG-VG) in Kraft tritt. Organisatorisch ist bereits bekannt welche Mitarbeitenden wohl künftig Frontex-Einsätze leisten müssen. Es ist jedoch höchst ungewiss, ob das BAZG-VG tatsächlich so bald in Kraft tritt. Deshalb stellt sich nun die Frage, ob dieser Passus nicht umschrieben werden muss, um beim Inkrafttreten der Verordnung Klarheit zu schaffen. So muss die vorliegende Verordnung nicht bald wieder ändert werden.

Die Unterstellung unter das Militärstrafgesetz ist nicht unproblematisch. Denn mit der Totalrevision des Zollgesetzes hin zum BAZG-VG wird die rechtliche Unterstellung des Grenzwachtkorps in Frage gestellt. Der Vorschlag steht im Raum die Mitarbeitenden des BAZG der zivilen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Im Moment sind alle Ereignisse mit Tatzeitpunkt nach dem 1.1.2021 vom Militärgericht suspendiert. Die Beratungen des neuen BAZG-VG müssen folglich abgewartet werden um in diesem Artikel einen Begriff zu verwenden, damit juristische Unklarheiten nicht in der Verordnung fortgeschrieben werden.

Art. 14 Abs. 1

Wir empfehlen die Einsatzzulage auf 100 Franken pro Tag zu erhöhen.

Begründung:

Die Einsätze müssen sich auch finanziell lohnen, damit sie Angehörige des BAZG attraktiv sind.

Art. 15**Abs. 2**

Das BAZG ~~kann richtet~~ für die Mahlzeiten ein Taggeld aus ~~ausrichten~~, das den ortsüblichen Kosten entspricht. ~~Es kann es nach 60 Tagen Einsatz kürzen.~~

Abs. 3

Es kann vergütet die tatsächlichen Kosten für eine zweckmässige ortsübliche Unterkunft vergüten.

Begründung:

Die Einsätze müssen sich auch finanziell lohnen, damit sie für Angehörige des BAZG attraktiv sind.

Art. 20

Werden Mitarbeitende des BAZG [...] verwickelt, so kann das BAZG in Ausnahmefällen rechtliche und finanzielle Unterstützung leisten ~~leistet~~ das BAZG rechtliche und finanzielle Unterstützung.

Begründung:

Das BAZG soll nicht nur in Ausnahmefällen Unterstützung leisten, sondern grundsätzlich. Dieses Anrecht auf rechtliche und finanzielle Unterstützung bei Zivil-, Verwaltungs- oder Strafverfahren erhöht den Anreiz weiter, dass Mitarbeitende des BAZG sich für einen Frontex-Einsatz entscheiden.

Art. 25 Abs. 1

Hier stellt sich die gleiche Problematik wie bei Art. 9 ausgeführt.

Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL)**Art. 26b Abs. 1 Bst. a und b**

Der Artikel ist aufzuheben. Im Minimum jedoch braucht es Ausnahmeregelungen für Personen, die sich in einem anderen Schengen-Staat legitim aufhalten dürfen.

Begründung:

Eine Aufenthaltsbewilligung der Schweiz berechtigt zum Aufenthalt innerhalb der Schweiz, nicht jedoch im Gebiet der Europäischen Union. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass eine Wegweisung aus der Schweiz einer Wegweisung aus dem gesamten EU-Raum gleichkommen soll.

Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen (AslyV1):**Art. 32 Abs. 1**

Auf die Änderung sei zu verzichten.

Begründung:

vgl. Anmerkung zu Art. 26 b Abs. 1 Bst. a und b VWAL

Art. 52a Abs. 3

Die beauftragten Leistungserbringer stellen sicher, dass die Information so früh wie möglich nach der Einreichung des Asylgesuchs und im zum vollen Verständnis notwendigen Detaillierungsgrad erfolgt.

Begründung:

Der SGB begrüsst, dass Asylsuchende über ihre Beschwerderechte unterrichtet werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Informationen die Betroffenen auch im nötigen Detaillierungsgrad erreichen und nicht in weiteren Mitteilungen untergehen.

Art. 52b bis Abs. 3 (neu)

Die zugewiesene Rechtsvertretung wird für ihre Mehrarbeit angemessen entschädigt.

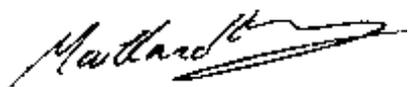
Begründung:

Die Rechtsvertretung der mutmasslichen Opfer muss ebenso wie diejenige der mutmasslichen Täter:innen angemessen entschädigt werden (analog Art. 20 E-ViZG).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin

Stellungnahme von Solidarité sans frontières zur Vernehmlassungsvorlage des EFD 2021/68 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrte Damen und Herren

Solidarité sans frontières bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vorlage des EFD 2021/68 über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums und Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen und nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Einleitung

Die bundesrätliche Vorlage sieht für die nationale Umsetzung der revidierten Frontex-Verordnung der EU Änderungen mehrerer Verordnungen vor. Angepasst bzw. neu formuliert werden sollen die VZAG, die VVWAL und die AsyIVO1.

2. Totalrevision der VZAG zur Verordnung über die internationale Zusammenarbeit zur Grenzsicherheit (ViZG)

Gemäss dem Erläuternden Bericht folgt die Anpassung der nationalen Verordnung den Grundsätzen, dass die direkt anwendbaren Regeln der EU-Frontex-Verordnung in der ViZG nicht erwähnt werden und dass sie soweit als möglich auf bestehende Erlasse verweise.

Nur schon diese Art, eine Verordnung entlang solcher Grundsätze zu formulieren, weckt unsere Aufmerksamkeit: Statt Übersicht und Klarheit im Detail zu schaffen, wird auf andere Gesetzestexte verwiesen und Redundantes wiederholt.

Inhaltlich regelt die geplante Verordnung etwa Einsatzregeln für die Angehörigen des BAZG, welche an langfristigen Einsätzen von bis zu zwei Jahren für die Agentur teilnehmen, und Regeln für den Datenaustausch zwischen dem BAZG und Frontex aufgestellt. Die Texte lassen eine eigene Handschrift vermissen.

Fraglich scheint, ob die Verantwortlichkeiten und die Haftung von Beamten, die Einsätze im Ausland für Frontex oder für andere Schengen-Staaten tätig sind, nicht in formellen Gesetzen statt auf Verordnungsebene erlassen werden müssten.

3. Änderungen der VVWAL

Die Anpassungen in der VVWAL betreffen insbesondere den Einsatz von Schweizer Personal des Bundes oder der Kantone im Ausland und von ausländischem Personal in der Schweiz.

Solidarité sans frontières lehnt den Einsatz von schweizerischen Sicherheitskräften im Ausland und ihre Teilnahme an internationalen Rückführungseinsätzen wie z.B. Sammelflügen generell und grundsätzlich ab.

4. Asyl IV 1

Solidarité sans frontière begrüsst die neu vorgesehene Beratung und Unterstützung von asylsuchenden Personen bei der Einleitung von gegen Frontex gerichteten Beschwerden wegen Verletzung von Grundrechten durch die Rechtsvertretung im Asylverfahren.

5. Schlussbemerkungen

Da sich solidarité sans frontières grundsätzlich gegen die Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Systems und gegen die Aufstockung von Frontex richtet, verzichten wir auf weitere Bemerkungen.

11.11.21/pf



VKM | ASM I

Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden

Association des services cantonaux de migration

Associazione dei servizi cantonali di migrazione

Geschäftsstelle
Amt für Bevölkerungsdienste
Corinne Karli
Ostermundigenstrasse 99B
CH-3006 Bern

Telefon direkt +41 31 633 42 99
Fax +41 31 633 55 86
info@vkm-asm.ch
www.vkm-asm.ch

Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden,
Ostermundigenstrasse 99B, CH-3006 Bern

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Zollverwaltung EZV
Taubenstrasse 16
3003 Bern-Wabern
z.H. Medea Meier und Patrice Obrien

(Per E-Mail an: medea.meier@ezv.admin.ch patrice.obrien@ezv.admin.ch SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch)

Bern, 22. Dezember 2021

Ihr Zeichen
Ihre Mitteilung vom
Unser Zeichen
Zuständig

20. Oktober 2021
MS/sigr
Corinne Karli

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache

(Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1])

sowie weitere Änderungen in der VWWAL und AsylV1;

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Meier
Sehr geehrte Frau Obrien

Die Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) dankt Ihnen für die Möglichkeit zu obgenannter Vorlage Stellung nehmen zu können.

Wenngleich es sich vorliegend um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes handelt, zu deren Übernahme sich die Schweiz ohnehin verpflichtet hat, stimmt die VKM der Vorlage zu.

Die anzupassenden Bestimmungen stehen im Kontext zur Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache. Diese hat insbesondere zum Ziel, die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit genügend Personal und Mitteln auszustatten, damit sie ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich effektiver wahrnehmen kann. Zugleich soll der Schutz der Menschenrechte ausgebaut werden.

Die Verordnungsanpassungen sind mit dem internationalen Recht vereinbar und stehen im Einklang mit der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Die Auswirkungen auf Bund, Kantone und Gemeinden sind insgesamt überblickbar.

Im Übrigen sind von den Ausführungsverordnungen in erster Linie die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), das SEM sowie die jeweiligen kantonalen Polizeikorps betroffen. Die Mitglieder der VKM sind entsprechend nur teilweise direkt betroffen.

Zu der Vernehmlassungsvorlage respektive zu den einzelnen Verordnungen bringen wir gerne die nachfolgenden Bemerkungen an:

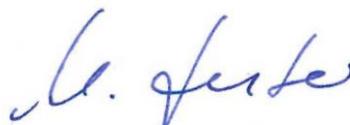
Die Änderungen in der VVWAL, insbesondere die Erhöhung der Pauschalabgeltungen um CHF 200/Tag auf 600/Tag, erachten wir als begrüssenswert. Dies dient auch künftig der Rekrutierung von polizeilichen Begleitpersonen auf den Rückkehreinsätzen. Mit der Erhöhung der Pauschale hat der Bund die bereits in der Vergangenheit geäusserten Interessen der Kantone berücksichtigt.

Die Änderungen in Art. 26b Abs. 1 lit. a und b VVWAL und Art. 32 AsylV 1 werden ebenfalls begrüsst. Mit Art. 26b VVWAL wird der Inhalt der Wegweisungsverfügung erweitert. Neu hat die betroffene Person die Schweiz sowie den Schengenraum zu verlassen. Davon ausgenommen sind selbstverständlich Staatsangehörige von Ländern der EU und EFTA. Desgleichen ist auch der Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu welchem die Schweiz und der Schengenraum zu verlassen sind. Nach Ansicht der VKM kann davon ausgegangen werden, dass diese Anpassungen wenig zusätzlichen Aufwand mit sich bringen. Bereits heute werden Drittstaatsangehörige in der Regel in ihren Heimatstaat weggewiesen, ausser sie hätten bspw. einen gültigen Schengen-Aufenthaltstitel. Auch die zu setzende Ausreisefrist ist bereits heute gängige Praxis. Insofern wird mit den vorgeschlagenen Änderungen gewissermassen die (teilweise) bereits heute geltende Praxis legislatorisch umgesetzt, was ebenfalls begrüsst wird.

Ein Mitglied merkt schliesslich an, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) die anfänglichen Mängel im Zusammenhang mit dem Informationssystem "eRetour" zwischenzeitlich behoben hat und die Applikation laufend weiterentwickelt, weshalb der Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache vom 24. Februar 2020 nichts mehr entgegenstehe.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Marcel Suter
Amtsleiter

Verteiler

- Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)
- Staatssekretariat für Migration (SEM)

Kopie

- Vorstandsmitglieder VKM
- Philipp Sigron



Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter SVR
Association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire ASM
Associazione svizzera dei magistrati ASM
Associazioni svizra dals derschaders ASD

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/11896 Über die Europäische Grenz- und Küstenwache

(Totalrevision der Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums [VZAG], Änderungen der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen [VWAL] und der Asylverordnung 1 über Verfahrensfragen [AsylV 1])

sowie weitere Änderungen in der VWAL und AsylV 1

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit. Die zur Diskussion stehenden Vorhaben beinhalten keine Aspekte, welche im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) nach einer besonderen Stellungnahme unsererseits verlangen würden. Entsprechend verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

Marie-Pierre de Montmollin
Präsidentin SVR-ASM



Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
3003 Bern-Wabern

(per Mail an medea.meier@ezv.admin.ch; Patrice.obrien@ezv.admin.ch
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch)

Bern, 22. Dezember 2021

Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/11896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache - Verzicht Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Maurer

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/11896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache Stellung zu nehmen.

Der VSAA verzichtet auf eine Stellungnahme und dankt nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden VSAA

Nicole Hostettler
Präsidentin

Alexander Ammon
Direktor